

SCHWÄBISCHES TAGBLATT

Freitag, 15. August 1947 VERLAG UND SCHRIFTFLEITUNG: TUBINGEN, UHLANDSTRASSE 2 3. JAHRGANG / NUMMER 65

Schlussbericht der 16er-Konferenz

PARIS. Das Komitee für europäische Wirtschaftszusammenarbeit begann am 12. August mit der Ausarbeitung des Schlussberichts, der die Bedürfnisse und Hilfsquellen der westeuropäischen Staaten zusammenfasst. Die fünf technischen Ausschüsse haben ihre Berichte dem Kooperationsausschuss bereits vorgelegt. Bis zum 1. September soll der Schlussbericht zur Uebersendung nach Washington fertiggestellt sein.

Die Mehrzahl der in Paris versammelten Sachverständigen tritt dafür ein, dass das Kooperationskomitee zur Dauereinrichtung erklärt werde und die Aufgabe übernehme, die amerikanischen Kredite zu verteilen. Der Schweizer Delegierte erklärte in einer Pressekonferenz, die Schweiz brauche dringend Kohle, flüssige Brennstoffe, Eisen und Stahl. Auf Kredite sei sie nicht angewiesen, sie könne die Waren aus eigenen Geldmitteln bezahlen.

Wiederaufnahme der Besprechungen

PARIS. Der amerikanische Unterstaatssekretär William Clayton und die amerikanischen Botschafter in London und Paris haben ihre Besprechungen in Paris wieder aufgenommen. Als wichtigster Punkt wurde die Hilfe der USA für Frankreich und Großbritannien bis zum Anlaufen des Marshall-Plans erörtert. Man spricht davon, daß der Goldpreis von 35 auf 50 Dollar pro Unze erhöht werden soll. Dadurch könnten sich Frankreich und Großbritannien mit ihren Goldreserven Dollars zu niedrigeren Kursen verschaffen, als ihnen dies bisher möglich war. Ein anderes Projekt sieht vor, die amerikanische Regierung solle Privatbanken dazu bewegen, den westeuropäischen Staaten zur Finanzierung ihres Wiederaufbaus langfristige Kredite zu bewilligen.

Die Ruhrkohlenkonferenz hat begonnen

Deutsche Verwaltung unter englisch-amerikanischer Kontrolle? / Dreierkonferenz in London

WASHINGTON. Am vergangenen Dienstagmittag haben in Washington die englisch-amerikanischen Besprechungen über das Ruhrproblem begonnen. Im Verlauf dieser Besprechungen sollen die Vertreter der USA angeregt haben, daß die USA bereit seien, den größeren Teil der Besatzungskosten der Bizone zu tragen, wenn England von der sofortigen Verstaatlichung der Ruhrbergwerke Abstand nehme.

Unterrichtete Kreise wollen wissen, daß die USA im Falle der Annahme ihres Vorschlags von England als Ausgleich für die finanzielle Mehrbelastung einen größeren Anteil an der Leitung der Bergwerke beanspruchen werden und evtl. eine deutsche Verwaltung unter englisch-amerikanischer Kontrolle vorschlagen.

In der Mittwochsitzung wurde die Transportfrage und das Problem des Waggomangels in Westdeutschland angeschnitten. Die englisch-amerikanischen Besprechungen finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

In Paris sieht man die Besprechungen über das Ruhrproblem als Auftakt zu der Dreierkonferenz in London an, die sich mit der Frage der Erhöhung des deutschen Industrienniveaus, sowie der Organisation und Kontrolle des Ruhrkohlenbergbaus befassen wird. Die gegenwärtigen Besprechungen würden sich demnach im wesentlichen nur mit technischen Fragen beschäftigen. An der Dreierkonferenz werden voraussichtlich nicht die drei Außenminister, sondern die diplomatischen Vertreter der Außenministerien, begleitet von kompetenten technischen Experten, teilnehmen.

Bei der geplanten Dreierkonferenz, so wird betont, handelt es sich ausschließlich um die Probleme der Bizone. Da die französische Zone der Bizone nicht angeschlossen sei, hätten Einwendungen Frankreichs nur geringe Bedeutung.

Die französische Regierung sei nach wie vor der Auffassung, daß die Dreierkonferenz nur einen sozusagen präliminären Charakter habe, und die Frage einer etwaigen Erhöhung des deutschen Industriepotentials vor das Forum der Außenministerkonferenz gehöre. Allgemein wird damit gerechnet, daß England in der Frage der Nationalisierung der Ruhrkoh-

Attlee will Zeit gewinnen

Sieg des linken Flügels der Labour Party in der Sozialisierungsfrage

LONDON. Der Gesetzentwurf, der der britischen Regierung außerordentliche Vollmachten erteilt um die Wirtschaftskrise zu meistern, wurde vom Unterhaus in dritter Lesung mit 178 gegen 63 Stimmen und nach Vorlage vom Oberhaus in zweiter Lesung angenommen.

In den späten Vormittagsstunden des 11. August trat die Parlamentsfraktion der Labour Party zu einer Sitzung zusammen, an der außer Premierminister Attlee zahlreiche andere Minister teilnahmen. Die Frage der Verstaatlichung der Stahlindustrie stand im Mittelpunkt der Besprechungen. Die Zusage Attlees und Morrisons, daß diese Industrie vollständig in den Besitz des Staates übergehen wird und zwar noch während der laufenden Legislaturperiode, die im Juni 1950 zu Ende geht, wird als entscheidender Sieg des linken Flügels der Labour Party gewertet. Die Mehrheit des Kabinetts hat damit dem linken Flügel nachgegeben.

Nach dem innerhalb der Labour Party getrof-

Vor der Pan-Amerika-Konferenz

Verteidigungspakt für die westliche Hemisphäre

RIO DE JANEIRO. In Petropolis, etwa 50 km von Rio de Janeiro entfernt, tagen ab 15. August die Außenminister der amerikanischen Republiken. Zweck dieser Tagung ist die Stärkung der Solidarität der amerikanischen Republiken für den Frieden und Ausarbeitung eines Verteidigungspaktes für die westliche Hemisphäre. In diesem Pakt sollen die pan-amerikanischen Grundsätze ihren konkreten Ausdruck finden und die „Monroe-Doktrin Typ 1947“ zur Grundlage für eine „Charta der Amerikaner“, die auf dem Programm der nächsten, nach Bogota anberaumten Pan-Amerika-Konferenz im Januar 1948 steht, gemacht werden.

Von Brasilien, den USA, Chile, Mexiko, Uruguay, Bolivien, Ecuador und Panama liegen Vorschläge vor, mit denen die Konferenz sich zu befassen haben wird. Mit besonderem Interesse werden die Ausführungen des Vertreters von Argentinien erwartet, zumal Argentinien auf der letzten Pan-Amerika-Konferenz in Chapultepec nicht vertreten war. General Peron wird persönlich nach Rio kommen.

Aus den verschiedenen Vorschlägen geht, soweit etwas über sie bereits bekannt ist, hervor, daß der geplante Pakt zwar einen pan-amerikanischen Block schaffen wird, die westliche Hemisphäre jedoch ausdrücklich in den Rahmen der UN einordnet. Damit würde der Pakt den regionalen Abkommen entsprechen, die in der Charta der UN für die friedliche Lösung örtlich auftauchender Konflikte vorgesehen sind. Man wird also darüber beraten, auf welche Art und Weise der amerikanische

Block der internationalen Organisation angepaßt werden kann. Ein weiterer Punkt wird die Achtung des Krieges als Mittel zur Durchsetzung nationalpolitischer Absichten genannt. Die verschiedenen Vorschläge differieren wesentlich voneinander, vor allem in Hinsicht auf die Schlichtungsmethoden. Es deutet jedoch alles darauf hin, daß sie nur zur Anwendung kommen sollen, wenn es sich um Streitfälle zwischen Nationen des gleichen Kontinents handelt. Anscheinend will man sich das Recht, individuell zu handeln, vorbehalten, sobald eine Gefahr von außerhalb des Kontinents droht.

Man will alle Signaturstaaten dazu verpflichten, den Streitkräften anderer amerikanischer Länder freie Durchfahrt zu gestatten, wenn es sich um eine in dem Pakt festgelegte Aktion handelt, und jeglichen militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Beistand zu gewähren, der sich als erforderlich erweisen sollte.

Schwierigkeiten wird die Definition des Begriffes „Angriffsgesfahr“ bringen. Uruguay schlägt vor, daß die Verletzung der wichtigsten Menschenrechte und das Außerachtlassen demokratischer Grundsätze eine gemeinsame Aktion aller Länder des Kontinents zur Folge haben soll. Kuba will, daß jede einseitige Entscheidung einer amerikanischen Regierung, die das wirtschaftliche Gleichgewicht des Kontinents erschüttern könnte, als Angriffshandlung zu betrachten sei. Der Fall einer Revolution oder eines Bürgerkrieges ist in keinem der Vorschläge vorgesehen.

Angeregt wird die Bildung eines ständigen militärischen Organs zur Koordinierung der Aktionen der verschiedenen amerikanischen Staaten. Bolivien wünscht außerdem, daß dieses militärische Organ im Einzelfalle den Oberbefehl über die bewaffneten Streitkräfte übernehmen solle.

Der Trumanplan über die Standardisierung der Rüstung steht nicht auf dem Programm. Möglicherweise wird es trotzdem zu einem informellen Meinungsaustausch über dieses Thema kommen.

General Marshall, Senator Vandenberg und der amerikanische Delegierte bei der UN, Warren Austin, sind bereits nach Rio de Janeiro abgefliegen. Präsident Truman war zu ihrer Verabschiedung auf dem Flugplatz erschienen.

Ramadier bleibt

PARIS. An zwei Klippen drohte das Kabinett Ramadier in den letzten Tagen zu scheitern: Das bei den Gemeinderatswahlen eingeschlagene Verfahren und das künftige Statut für Algerien gaben zu heftigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungsparteien Anlaß. Noch am 10. August bestand die Möglichkeit, daß die radikalsozialistischen Minister aus der Regierung austreten würden. Ramadier gelang es, Kompromißlösungen zu finden. Die Gesetzentwürfe für die Gemeinderatswahlen fanden mit 399 gegen 190 Stimmen die Billigung der Nationalversammlung. Gemeinden bis zu 9000 Einwohner werden somit die Gemeinderäte in zwei Wahlgängen nach dem Mehrheitswahlssystem wählen, Gemeinden über 9000 nach dem Verhältniswahlssystem.

Ein Antrag der Vereinigung der Linksparteien auf Vertagung der Debatte über das Algerienstatut wurde abgelehnt. Das Kabinett Ramadier wird wohl weiter am Ruder bleiben können, da in dieser Frage ebenfalls eine Kompromißlösung in Aussicht steht. Allerdings kann die Nationalversammlung am 13. August nicht endgültig in Sommerferien gehen, sondern muß am 19. August die Beratungen wieder aufnehmen, da Ramadier das Algerienstatut erledigt haben will.

Algerien würde nach Annahme der Gesetzesvorlage sechs Minister haben, von denen drei von der französischen Regierung ernannt und drei von dem künftigen algerischen Parlament gewählt werden sollen.

Mutlosigkeit

CAUX SUR MONTREUX. Der italienische Parlamentarier Calosso sprach auf dem fünften „Weltkongress für moralische Aufrüstung“ über die gegenwärtige Lage in Italien: „Die italienische Nation macht zurzeit eine Krise der Mutlosigkeit durch. Die junge Generation erlebte sowohl den Sturz des Faschismus als auch das Scheitern der Demokratie. Daher rührt ihre Skepsis. Karl Marx sagte wohl viele Wahrheiten, doch er sagte nicht alles. Man muß zugeben, daß sich auf geistigem Gebiet die Nöte der Welt weit mehr als auf wirtschaftlichem widerspiegeln.“

Todesstrafe für Petkoff beantragt

SOFIA. Der ehemalige Sekretär der nationalen Bauernpartei Bulgariens, Petkoff, lehnte beim Verhör in dem gegen ihn angestrengten Prozeß jede Schuld ab. Er habe sich niemals an einer Verschwörung gegen die Herrschaft des Volkes beteiligt.

Der Gerichtshof beantragte die Todesstrafe für den Angeklagten und verweigerte die Zubilligung mildernder Umstände. Seine Schuld sei durch sein hartnäckiges Leugnen noch erschwert. Die Hauptanklagepunkte gegen Petkoff sind: Landesverrat, Anstiftung zu Sabotageakten und Veröffentlichung von Artikeln, die die Disziplin der Armee zersetzten.

Der Bürgerkrieg in Paraguay

BUENOS AIRES. Der Bürgerkrieg in Paraguay scheint nach nunmehr fünfmonatiger Dauer seinen Höhepunkt erreicht zu haben. Die Hauptstadt des Landes, Asuncion, ist nach Aussagen Hundertler von Flüchtlingen, die an der argentinischen Grenze ankommen, heftig umkämpft. Der Präsident von Paraguay, General Morinigo, führt in Elie Verstärkungen zum Einsatz der Landeshauptstadt herbei.

Die Regierung dementiert formell die Räumung der Hauptstadt. Dagegen wußte der Rundfunksender der Aufständischen zu berichten, daß die Mitglieder des diplomatischen Korps anfangen, Asuncion zu verlassen, um sich nach Argentinien zu begeben. Selbst General Morinigo beabsichtige, in einer anderen Stadt in Paraguay sein Hauptquartier aufzuschlagen.

Wirtschaftlicher Wiederaufbau in Japan

TOKIO. 33 Ingenieure und Sachverständige des amerikanischen Kriegsministeriums sind in Tokio eingetroffen. Sie sollen General Mac Arthur in Produktionsfragen (Stahl, Maschinen und elektrische Energie) beraten.

Japanische Wirtschaftskreise hoffen, daß der Aufenthalt der amerikanischen Kommission zu einer Neuberechnung der japanischen Industriequellen und damit zur Herabsetzung der Reparationsleistungen führen wird.

Säuberung im Rechtsstaat

Von Dr. jur. Rudolf Zimmerle

Das Problem der politischen Säuberung lastet noch immer als Alpdruck auf unserem jungen Staatswesen und droht nachgerade, die Atmosphäre des Wiederaufbaues zu vergiften und die noch vorhandenen Kräfte zu lähmen. Die bisherige Praxis der sogenannten Entnazifizierung hat klare, neue Erkenntnisse reifen lassen, die auszuwerten die neue Rechtsanordnung zur politischen Säuberung mit Erfolg bemüht war.

Es liegt im Wesen der Säuberung selbst begründet, daß nicht in allen Fällen eine ganz gerechte Entscheidung getroffen werden kann und daß mitunter große Härten unvermeidlich bleiben, wenn man nicht überhaupt auf die Säuberung verzichten will. Dies ist letztlich auch dadurch bedingt, daß die politische Ueberzeugung, der politische Irrtum eines Menschen, rechtsphilosophisch gesehen, nicht bestraft werden kann, falls nicht zugleich strafbare oder wenigstens moralisch verwerfliche Handlungen begangen worden sind.

Die Bevölkerung muß billigerweise fordern können, daß die praktische Durchführung der Säuberung möglichst menschlich und gerecht geschieht und daß sie den Grundprinzipien eines modernen Rechtsstaates unter keinen Umständen widerspricht. Politische Säuberung kann gerade wegen ihrer Problematik als der Prüfstein der Demokratie bezeichnet werden, und sie fordert in jedem einzelnen Falle, schon wegen ihrer Ausstrahlung auf fast 80 Prozent unseres Volkes, die unbedingt Beachtung aller nur möglichen Garantien gegen etwaige Fehlentscheidungen. Es liegt daher auf der Hand, daß ihr Versagen bereits das Urteil über die Demokratie bedeuten müßte, weil sie das Vertrauen in die Gerechtigkeit und die Lauterkeit ihrer beauftragten Beamten verscherzen würde.

Das Verfahren selbst hat sowohl für den Betroffenen als auch für die Behörden naturgemäß die größte Bedeutung. Als Grundmaxime jeder Rechtspflege, zu der auch die Säuberung gehört, gilt im Geiste unserer neuen Verfassung die Gewährung des rechtlichen Gehörs, zumal, wenn es um Fragen der Existenz und der Ehre geht. Nach der bisherigen RAO, zur politischen Säuberung vom 28. Mai 1946 war aber dieser Grundsatz leider nicht gewährleistet.

Der Betroffene hatte lediglich den Anspruch, daß ihm rechtzeitig Gelegenheit zum Vortrag entlastender, oder sonst erheblicher Tatsachen und zum Beweisantritt gegeben würde, während der einzelne Fall eingehend und gerecht gewürdigt werden sollte. Es muß jedoch festgestellt werden, daß in den wenigsten Fällen den Betroffenen Gelegenheit gegeben wurde, sich zur Beschuldigung oder zu den erhobenen Beweisen zu äußern, oder rechtzeitig Entlastungsmaterial vorzulegen.

Entscheidungen erfolgten vielfach nur durch Veröffentlichung im Amtsblatt und nur auf Grund eines Fragebogens, ohne daß dem gesetzlich vorgesehenen Antrag des Betroffenen auf Vernehmung durch den zuständigen Ausschuss und auf Ladung von Zeugen immer entsprochen worden wäre.

Wegen dieser allgemein erkannten schweren Mängel hat die neue RAO, vom 25. April 1947 nunmehr einen gerechten Ausgleich durch Ermöglichung der Revision gegen frühere Entscheidungen geschaffen. Es muß bedauert werden, daß diese Revisions- und auch die Einspruchsmöglichkeit nach Artikel 33 nur bei den schwersten Maßnahmen, wie Entlassung, Berufsverbot, Freiheitsstrafe usw., nicht aber auch bei anderen Sanktionen gegeben ist, obwohl diese mitunter ebenfalls eine große Härte darstellen können. In der ordentlichen Rechtspraxis war es stets eine Selbstverständlichkeit, daß gegen alle Urteile ein Rechtsmittel eingelegt werden kann, warum also nicht auch in diesem Bereiche?

Unberührt bleibt dagegen die Möglichkeit einer Revisionseinlegung durch den Staatskommissar, der auf Antrag einer Behörde oder des Betroffenen, zur Vermeidung ungerechter Entscheidungen, eine neue Ueberprüfung anordnen kann. Die besondere Schwierigkeit, Belastete in eine der fünf Gruppen der Verantwortlichen in gerechter Weise einzustufen und etwa den Begriff der „Aktivisten“ und „Nutznießers“ hinreichend sicher abzugrenzen, mag angedeutet werden.

Zu begrüßen ist die Vorschrift des Artikels 2, nach der jeder Fall gemäß der persönlichen Verantwortlichkeit der Schuldigen zu beurteilen ist und weder die bloße Mitgliedschaft, noch die Nichtmitgliedschaft allein bei der Beurteilung des Grades der Schuld entscheidend sein kann. Diese Bestimmung bietet die Möglichkeit, enthält aber auch die Verpflichtung, nicht nach einem starren Schema vorzugehen, sondern in Zukunft den Einzelfall wirklich individuell und gerecht zu beurteilen!

Schon das früher in der amerikanischen besetzten Zone geltende Säuberungsgesetz hatte dem Betroffenen das Recht zuerkannt, vor der Spruchkammer persönlich zu erscheinen, um sich zu rechtfertigen. Leider hat das in unserer Zone geltende Gesetz diese wirksame Sicherung vor Fehlentscheidungen nicht übernommen, eine Klausel, die wohl geeignet wäre, das schwierige Werk der politischen Säuberung in seinem Ansehen zu festigen und zu vermel-

den, daß jene Methoden der Willkür und der Denunziation angewandt werden können, die wir hoffen, nach so traurigen Erfahrungen endgültig überwinden zu können.

Nach Artikel 27 ist Grundsatz des Verfahrens, daß alle erheblichen Tatsachen gewissenhaft zu ermitteln sind. Es ist auch vorgeschrieben, daß Hauptschuldige oder Belastete vor dem Untersuchungsausschuß und der Spruchkammer gehört werden. Nach Artikel 29 aber werden die jetzt zu bildenden Spruchkammern in der Regel doch nach Lage der Akten entscheiden, so daß der Betroffene also keinen Rechtsanspruch auf persönliche Anhörung besitzt. Es steht vielmehr im Ermessen der Spruchkammer, ergänzende Untersuchungen anzustellen, oder auch, im Regelfall, den Betroffenen vorzuladen.

Der Staatskommissar vertritt die Auffassung, daß von dieser Möglichkeit aber doch häufig Gebrauch gemacht werden soll. Trotzdem muß bedauert werden, daß dem Betroffenen kein unbedingtes Recht auf Gehör zuerkannt wurde; anders verhält es sich im Einspruchs- und Revisionsverfahren.

Die gesetzlichen Vorschriften ermöglichen daher gerechte Entscheidungen. Auch hier aber kommt es wieder darauf an, in welchem Geiste und durch welche Persönlichkeiten die Säuberung als Ganzes durchgeführt wird.

Prozesse und Spruchkammern

DACHAU. Im Buchenwaldprozeß wurden alle Angeklagten der gegen sie erhobenen Anklage „Verbrechen gegen die Gebräuche und Gesetze des Krieges“ für schuldig befunden. Zwölf der Angeklagten, darunter Ilse Koch, die Frau eines früheren Lagerkommandanten, basten das Gericht um Zubilligung mildernder Umstände. Ilse Koch erklärte, sie sei durch einen Artikel in der amerikanischen Zeitschrift „News Week“, in der Bilder über ihre Wohnung veröffentlicht wurden, veranlaßt, das Wort zu ergreifen. An Hand dieser privaten Großaufnahmen sei leicht festzustellen, woraus ihre Lampenschirme bestanden hätten. Die Fotoalben selbst, die sich in amerikanischem Besitz befänden, hätten nicht aus lätiowerter Menschenhaut, sondern aus dunklem Leder und Leinen bestanden.

Das Gesuch der Frau des früheren Reichsgesundheitsführers Dr. Conti um Zuzugsgenehmigung nach Bielefeld ist vom Wohnungsamt abgelehnt worden. Frau Conti hatte angegeben, sie wolle bei einem Schlossermeister als Hausgehilfin arbeiten.

Die Spruchkammerverhandlung gegen die Witwe des ehemaligen Reichsministers Dr. Todt wird in Kürze in Berchtesgaden beginnen. Frau Todt ist als Hauptschuldige angeklagt.

Der ehemalige Weihbischof von München, Dr. Anton Scharnagl, wird ebenfalls vor eine Spruchkammer gestellt werden. Scharnagl soll, durch die Gestapo wegen eines Fehltrittes erpreßt, als Agent in der Gestapo gearbeitet und Informationen über kirchliche Angelegenheiten weitergegeben haben.

Verhaftung von Jugendlichen

BERLIN. Im Laufe des Juni ist eine besonders große Zahl von Jugendlichen spurlos aus Berlin verschwunden. Nach einer Statistik der Kriminalpolizei handelt es sich dabei um 114 Jugendliche beiderlei Geschlechts und 51 Kinder, nebst 33 Männern und 22 Frauen. Eine Reihe von Eltern wandte sich an die Dienststellen der SED, die angab, es handle sich hier nicht um Einzelfälle, sondern Tausende kämen in der Hoffnung auf Hilfe.

Die SED habe regelmäßig Gesuche um Freilassung aus Internierung bei der sowjetischen Militärverwaltung vorgelegt und hin und wieder eine Freilassung erwirken können. Als Gründe für das Fehlen von Nachrichten über die Inhaftierten und über das Schreibverbot für die Inhaftierten wurde angegeben, die SMA beabsichtige, die Internierungslager in deutsche Hände zu übergeben und habe deshalb keinen Lagerpostdienst aufgebaut. Außerdem fehle es an Zensoren und Dolmetschern.

DIE MASKE

148 Novelle von Helene von Sachno

Als der Schlitten vor seinem eigenen Hause hielt, klopfte sein Herz zum Zerspringen. Er sprang in den Schnee hinab, stammelte einige Worte, die nur unendlich den Zustand seines Gemütes offenbarten, und stürzte davon. Er beschleunigte, als suchte er einem Verhängnis zu entgehen, und als wäre die Versuchung mächtiger als sein Entschluß, den Schritt bis zu einem fluchtartigen, ungetrübten Lauf. Als er den ersten Schlittenstand erreichte, ließ er sich erschöpft in die Polster fallen. Er nannte das Haus des Würdenträgers, warf dem Kutsher einen Rubel zu und rief:

„Das Doppelte, wenn du dein Pferd nicht schonest!“

Es war nach Mitternacht, als er den Ballsaal betrat. Die Musik schneiterte; verwirkte Blumengirlanden flatterten in der heißen und schwülen Luft. Seidenroben flogen gegen seine Knie, man rief ihn an, einige Regimentskameraden ritten ihn zum Buffet. Er sarrte sie an: „Habt Ihr nicht...“, und er wußte nicht, wie er diejenige, die er suchte, beschreiben sollte. Er stürzte in den Wintergarten, aber er traf nur einige Pärchen an, die zwischen den Palmen und Oleandern Zuflucht gesucht hatten. So verging eine Stunde, in der er, von einer stummen Verzweiflung getrieben, von Saal zu Saal irrte, bis es ihm allmählich zum Bewußtsein kam, daß sich Irina nicht mehr unter den Geladenen befand. Er dachte an ihre Warnung und ein schwerer Seufzer entlang sich seiner Brust. Er blieb stehen, senkte den Kopf, warf einen stummen, anklagenden Blick um sich und ging langsam dem Ausgang zu. Er ließ sich von einem Bedienten den Pelz um die Schultern werfen und trat so, ohne den Mann anzusehen, auf die Straße hinaus. Ein verobergleitender Schlitten nahm ihn auf.

Kollektivschuld der Regierungen

DORTMUND. „Es gibt keine kollektive Schuld des deutschen Volkes, sondern höchstens eine kollektive Schuld der europäischen Regierungen des Jahres 1933“, erklärte der auf einer Deutschlandreise befindliche Chefredakteur der New Yorker Zeitung „Neue deutsche Volkszeitung“, Friedrich Stampfer, vor Vertretern der SPD. (Stampfer war bis 1933 Chefredakteur des „Vorwärts“ in Berlin).

In den europäischen Ländern sei den sozialdemokratischen Emigranten ihr Kampf erschwert worden, weil diese Länder ihre Beziehungen zu Hitler nicht hätten stören lassen wollen. Wenn sich jetzt zwei Jahre nach dem Kriege in der Welt und insbesondere in Amerika die Einstellung gegenüber Deutschland gewandelt habe, so müsse das als eine Hoffnung für die Zukunft betrachtet werden.

Stampfer führt dies auf drei Ursachen zurück: Auf das lebendige werktätige Christentum in den USA, auf die militärische Überlegenheit der USA, in der Welt und auf die Einsicht, daß die Beherrschung des Weltmarktes wenig Sinn habe, wenn es keine zahlungsfähigen Kunden gebe.

Amerika werde nicht mehr zum Isolationismus zurückkehren und Deutschland müsse, dem Völkerhaß entsagend, getragen von internationalen Sozialismus, neu aufgebaut werden.

Gegen politische Befragung

KOBLENZ. Der Innenminister von Rheinland-Pfalz wandte sich in einem Erlaß gegen die Befragung der Beamten nach ihrer augenblicklichen Mitgliedschaft bei politischen Parteien und ihrer politischen Einstellung.

In dem Erlaß heißt es: „Ich halte es für einen Mißbrauch demokratischer Freiheit und eine Mißachtung wiedergewonnener Gewissensfreiheit, durch amtliche Befragung des unterstellten Personals seine Zugehörigkeit zu

einer der zugelassenen politischen Parteien zu erkunden. Im Interesse einer ungestörten Wiederaufbaubarkeit hat die Befragung der Beschäftigten nach ihrem politischen Bekenntnis zu unterbleiben. Für die Einstufung und Beförderung dürfen nur die dienstlichen Leistungen maßgebend sein.“

Dieser Erlaß erstreckt sich nicht auf die Wahrnehmung der Dienstgeschäfte für politische Beamte.

Antisemitismus in Deutschland

MÜNCHEN. Der Berater General Clays in jüdischen Angelegenheiten, Rabbiner Bernstein, berichtete der Untersuchungskommission für Palästina bei ihrem Besuch in Deutschland, daß der wachsende Antisemitismus als Erbe des Hitlerregimes es den Juden unmöglich mache, in Deutschland oder den osteuropäischen Ländern zu verbleiben.

Er habe keine Änderung in den Beziehungen zwischen Deutschen und Juden feststellen können. „Wenn die Tore Palästinas geöffnet werden sollten, werden 90 Prozent aller Juden dorthin gehen.“ Solange die amerikanische Armee in Deutschland sei, werde es nicht zu Pogromen kommen. Was jedoch später eintreten werde, wenn die Armee dieses Deutschland verlasse, könne er nicht sagen.

General Clay selbst war der Meinung, es hieße zweifellos den in Deutschland bestehenden Antisemitismus fördern, wenn man die Aufnahme jüdischer Verschiepfer in die deutsche Wirtschaft in größerem Maße betreiben wolle.

Beim Besuch der Palästina-Kommission in Wien erklärte ein Mitglied des Ausschusses, 34.500 Juden warteten in Osterreich auf ihre Einreisegenehmigung nach Palästina. Außerdem hätten 200.000 Juden Italiens, Frankreichs, Belgiens und der Schweiz ihre Einreise beantragt.

Nachrichten aus aller Welt

Deutschland

NEUSTADT. Der Landesverband Pfalz des Sozialen Volksbundes hat unter Aufgabe seines Namens sein Aufgehen in die Demokratische Partei Rheinland-Pfalz beschlossen.

MÜNCHEN. Das statistische Landesamt hat in Bayern Haushaltsbücher verteilt, in die außer den normalen Ausgaben auch Käufe zu Überpreisen und auf dem Tauschwege eingetragene Waren sollen. Die Buchführung ist geheim. Es werden bei gewissenhafter Buchführung über Schwarzmarktgeschäfte sogar Sach- und Geldstrafen verteilt.

HANNOVER. Die CDU-Abgeordnete Maria Bevenich hat wegen der Haltung der VVN gegenüber Pastor Niemöller ihren Austritt aus der Vereinigung der politisch Verfolgten erklärt.

BERLIN. Nach der endgültigen Abzeichnung Ernst Reuters als Oberbürgermeister durch die alliierte Kommandantur gibt es nach Berliner Stimmen drei Möglichkeiten: einen neuen Kandidaten, Louise Schröder oder nochmals Ernst Reuter zu wählen.

BERLIN. Bei einer Kontrollratsitzung wandte sich General Clay gegen den Druck des neuen deutschen Papstergelds in Leipzig.

BERLIN. Die sowjetischen Behörden haben in ihrem Sektor alle Plakate zu der SPD-Versammlung Dr. Schumachers verboten, weil Schumacher sich der sowjetischen Besatzungsbehörde gegenüber nicht loyal verhalten habe. Auch Franz Neumann (SPD) hat im sowjetischen Sektor Redeverbote.

BERLIN. Nach einer amtlichen Erklärung des britischen Außenministers werden aus der britischen Besatzungszone keine Lebensmittel zum Export nach England und für die Besatzungsarmee entnommen.

BERLIN. General König hat den Marschal der Sowjetunion, Sokolowski, mit dem Rang eines Großoffiziers der Ehrenlegion ausgezeichnet.

BERLIN. Der WAV-Abgeordnete Meißner will die Tätigkeit seiner von Loris gegründeten Partei auf alle Länder der anglo-amerikanischen Zone ausdehnen.

BERLIN. Die Stadt Görliitz liegt auf beiden Seiten der Neisse und besteht somit aus einem polnischen und einem deutschen Teil. Sie wird aus Deutschland mit Wasser und Strom, aus Polen mit Gas versorgt.

BERLIN. Der stellvertretende SED-Vorsitzende Ulbricht warnte in einer Rede die Funktionäre, sich in Bezug auf die Verhältnisse in der Ostzone all zu große Illusionen zu machen. Zurzeit sei jede Handlung der SED, von der Besatzungsmacht gestützt.

„Was aber wird geschehen, wenn diese Macht nicht mehr da ist?“

BERLIN. Der britische Kriegsminister Beiliger ist nach einer Reise aus der britischen Zone in Berlin eingetroffen.

Ausland

LONDON. Die Frage der Beschleunigung der Oelraffinerien von Lobau durch die Russen wird in der nächsten Kontrollratsitzung in Wien erörtert werden.

PARIS. Der Hochkommissar für Atomenergie, Frederic Joliot-Curie, erklärte in einer Pressekonferenz, daß die erste französische Fabrik für Atomenergie im Jahre 1952 ihre Arbeit aufnehmen werde.

PARIS. In Paris politischen Kreisen begrüßt man den Standpunkt des Berliner Kontrollrats, der die sowjetischen Forderungen nach neuen Reparationsleistungen Deutschlands bis zur Einigung der vier Mächte über das künftige Industrielevel ablehnt.

ATHEN. In militärischen Kreisen wird das Anwachsen der Partisanentätigkeit und die Häufung der von unbekanntem Flugzeugen durchgeführten Luftaufklärung auf einen sich vorbereitenden Partisanenangriff zurückgeführt. Die Partisanen sollen beschleunigt, eine Rebellenregierung zu gründen.

MOSKAU. Nach russischen Meldungen sind fünf Millionen Polen auf ehemals deutschem Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie angesiedelt worden. Die polnische Regierung plant, das Land in 83 000 Bauernhöfe aufzuteilen.

NEW YORK. Der polnische Delegierte bei der UN, erklärte zur Weite, die Ordnung in der Welt werde erst wieder hergestellt sein, wenn die Friedensverträge mit Deutschland und Japan unterzeichnet sind.

LAHORE. Bei Unruhen in Lahore wurden 82 Hindus und Sikhs getötet; bei Amritsar haben die Sikhs in drei Dörfern über 100 Einwohner getötet.

KARACHI. Mohamed Ali Jinnah ist einstimmig zum Präsidenten der Verfassunggebenden Versammlung von Pakistan gewählt worden.

SCHANGHAI. Am 13. August hat die UNRRA die Verteilung von Lebensmitteln in den kommunistischen Gegenden nördlich des 34. Breitengrades eingestellt.

BATAVIA. Der Kleinrieg in Indonesien dauert immer noch an. Die Angriffe auf Patrouillen werden von beiden Seiten, die Säuberungsmaßnahmen holländischerseits weitergeführt.

Vom Zweizonen-Wirtschaftsrat

FRANKFURT. Der Staatssekretär im württembergisch-badischen Staatsministerium, Hermann Goegler, wurde in einer Sitzung des Ministerrats von Nordwürttemberg-Baden als Nachfolger des zurückgetretenen Finanzministers Dr. Heinrich Köhler zum Vertreter in Exekutivrat des Zweizonen-Wirtschaftsrates bestimmt.

Wirtschaftliche Demokratie

BERLIN. „Wenn wir den Grund für eine wirtschaftliche Demokratie in Deutschland legen können, in der kleine Unternehmen konkurrieren und sich frei von Einschränkungen und Anweisungen von Regierungen, Kartellen oder politischen Parteien entwickeln können, wird Deutschland durch einen erhöhten Lebensstandard außerordentlich profitieren“, erklärte der Direktor des Büros für politische Angelegenheiten bei der amerikanischen Militärregierung.

Die Anstrengungen der amerikanischen Militärregierung, die I.G. Farben und andere Kartelle in Deutschland aufzulösen, das deutsche Bankwesen zu dezentralisieren und den Ländern und Gemeinden mehr wirtschaftliche und politische Verantwortung zu übertragen, bräuchten für Deutschland die Möglichkeit, ein dem amerikanischen Wirtschaftsaufbau ähnliches Wirtschaftsgefüge zu erreichen.

Die Bodenreform in Bayern

MÜNCHEN. Im bayerischen Landwirtschaftsministerium fanden sich alle an der Bodenreform beteiligten beiden Ministerien zu einer Konferenz zusammen, die nach Abschluß der Vorbereitungen die verschiedenen Pläne koordinieren soll. Landwirtschaftsminister Dr. Baumgartner machte darauf aufmerksam, daß in Bayern nur 2,5 Prozent des gesamten Grundbesitzes in Gütern über 100 ha landwirtschaftlicher Nutzungsfläche enthalten seien und für die Bodenreform in Frage kämen. 97 Prozent der Stedlungsstellen würden auf Kleinsiedlungen, Gartenland, Arbeiterstellen und Stadtrand siedlungen fallen, nur 3 Prozent auf bäuerliche Siedlungen. Mehr als 20.000 Anträge auf Landuntersuchung liegen bereits vor. Das Hauptproblem sei die Frage der Baustoffbeschaffung.

Die Juwelen der Kaiserin

BERLIN. Die amerikanische Militärregierung hat mit Erlaubnis der sowjetischen Behörden eine Untersuchung über den Tod der Prinzessin Hermine eingeleitet und festgestellt, daß sie nicht, wie vermutet, einem Verbrechen zum Opfer fiel. In diesem Zusammenhang wurde einem schon im Juni begangenen Juwelen Diebstahl wieder erhöhte Bedeutung zugesprochen. Juwelen im Werte von 80 Millionen Mark, die der Kaiserinwitwe gehörten, waren aus der Wohnung ihres Sohnes, des Prinzen Ferdinand von Schoenaich-Carolath, gestohlen worden. Die Freundin des Prinzen, Vera Herbst, hatte im Juni einen Juwelenkoffer in die im amerikanischen Sektor Berlins gelegene Wohnung des Prinzen gebracht. Bald stellte dieser fest, daß die Hälfte der Juwelen und einer der beiden Kofferchlüssel, die er ständig bei sich trug, verschwunden waren.

Er meldete den Verlust sofort der amerikanischen Polizei. Diese verhöre sämtliche in Frage kommenden Personen und verdächtige nicht zuletzt den Prinzen selbst. Vera Herbst wurde verhaftet, denn sie war außer dem Prinzen die einzige, die über den Inhalt des Koffers Bescheid wußte.

Inzwischen wurden die Schmuckstücke teils bei einer Schwester des Prinzen, teils bei Vera Herbst aufgefunden, die sie von der Verstorbener zur Aufbewahrung erhalten hatte. Vera Herbst wurde wieder auf freien Fuß gesetzt.

Herausgeber und Schriftleiter: Will Hanna Hebscher. Dr. Ernst Müller (z. Zt. im Urlaub) und Alfred Schwenker. Weitere Mitglieder der Redaktion: Dr. Helmut Kiezza und Joseph Klingelböler

Monatliches Bezugspreis monatlich, Trügerlohn 1,20 RM., zuzügl. die Post 1,76 RM., Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Erscheint an jedem Donnerstag und Freitag.

Alexej preßte die Hand vor den Mund, um nicht aufzuschreien. Es fiel wie Schuppen von seinen Augen. Er drückte die Hände gegen die Brust und lechzte sich an die Wand. Nach einer Weile jedoch durchquerte er auf den Zehenspitzen das Zimmer, kauerte sich zu Häupten des Mädchens nieder und sprach sie flüsternd an. Die Schlafende hörte ihn nicht. Er wollte sie in seine Arme reißen, aber, als wenn sich ihm ihr Antlitz in einer neuen, bezaubernden Schönheit offenbarte, fiel er vor ihr auf die Knie nieder — und so, in das Geheimnis ihrer Züge versunken, das Gesicht über das ihrige geneigt, wartete er, bis sie die Augen aufschlug.

Ende!

Zur Reform des Abiturs

Es war vorauszusetzen und ist auch tatsächlich eingetroffen, daß die von der französischen Militärregierung in der französischen Zone veranlaßte Reform der Methoden der Oberschulprüfung nicht kritisklos hingenommen werden würde. Es ist daher besonders zu begrüßen, daß Herr Oberst Graf, der Leiter der Abteilung Erziehung der Militärregierung für Südwürttemberg, in einer Pressekonferenz Gelegenheit nahm, die Gründe für diese Reform darzulegen.

Es ist allgemein bekannt und wir hier in der Universitätsstadt spüren es sozuzagen an eigenen Leibe, daß sich heute an den Universitäten ungefähr derselbe Vorgang abspielt wie nach 1918. Ein ungeheurer Andrang zum Studium setzte nach Kriegsende ein, für den weder die Universitäten noch später nach beendetem Studium die entsprechenden Berufszweige aufnahmefähig sind. Wird dieser Andrang nicht reguliert, ist die Voraussetzung für ein akademisches Proletariat gegeben, dessen Gefahren auf der Hand liegen. Wie Oberst Graf ausführte, habe dieser Zustand nach 1918 die Tradition der deutschen Universitäten gefährdet, die zu Diplomwerkstätten geworden seien. Das Werkstudium habe zu den vermittlungsähnlichen Arbeitslagern, die Finanzkrisis zur Überführung der Landesuniversitäten in Reichsuniversitäten geführt. Gegenwärtig studierten in Deutschland an 21 Universitäten 30.000 Studenten (1932: 17.000). 40.000 Anmeldungen konnten nicht berücksichtigt werden. In Tübingen mußten von 7000 Anträgen 7000 abgelehnt werden.

Die Frage war nun, wie hier von Grund auf und unter Berücksichtigung der wirklich Befähigten Abhilfe zu schaffen wäre. Es ist unbedingt nötig, daß eine scharfe Auslese bereits durch das Abiturium getroffen wird und dafür war die bisherige Deutsche Abiturprüfung nicht geeignet, wie Oberst Graf an Hand von Statistiken nachwies. Er betonte die unterschiedliche Auffassung der Bedeutung des Abiturs in Frankreich und Deutschland. Dort bestünden nur 30 bis 40 Prozent die Prüfung, während hier das Reifezeugnis mehr oder minder nur die Bescheinigung für die Absolvierung der höheren Schule darstelle. Darin kommen noch die Nachteile der Ungleichwertigkeit der Schulen und der Verschiedenheit der Notengebung.

Das nunmehr eingeführte System bedeute eine Zentralisierung der Prüfung durch Stellung gleicher Aufgaben für alle Schüler, wobei in diesem Übergangsjahr noch einige Zugeständnisse gemacht wurden. Hinzukomme die Anonymität, das Korrektur und Bewertung der Arbeiten von zwei Lehrkräften einer fremden Schule vorgenommen werde.

Der häufigste Einwand gegen das neue System, nämlich daß es die Leistungen der Schüler während des Schulbesuches nur unzureichend berücksichtige, könne nicht restlos entkräftet werden. Jedoch sei in besonders krassen Fällen ein Ausstieg vorgesehen. In Frankreich werde bei der Beurteilung das Jahresnotenzettel hinzugezogen. Und schließlich bestünde immer noch die Möglichkeit, die Prüfung zu wiederholen. Das Ausscheidende und Wichtigste sei die Regelung des Andrangs zum Studium und dafür sei die straffere Auslese beim Abitur die beste Lösung. Das Punktwertungssystem bilde eine weitere Auswahlmöglichkeit: bei 15 bis 20 Punkten werde der Abiturient direkt zum Studium zugelassen, bei 13 bis 15 Punkten könne er ohne Prüfung zur Vorbereitungsklasse für die Universität, während er bei 12 bis 10 Punkten keine Berechtigung zum Studium habe, aber eine Prüfung zur Aufnahme in die Verklasse ablegen könne.

Abschließend sagte Oberst Graf, daß man deutscherseits zwar die Unzulänglichkeit der bisherigen Prüfungsmethoden zugebe, aber mit der eingeführten Reform für die deutsche Tradition fürchte. Außerdem habe man Bedenken gehabt, einer internationalen Neuregelung des Prüfungswesens vorzugreifen. Die getroffenen Maßnahmen seien jedoch nur als ein erster Schritt anzusehen und könnten durch aus der deutschen Tradition angepaßt werden.

WIRTSCHAFT UND VERKEHR

Im Zeichen der Transportkrise

Die Kohlenverteilung in unserer Zone

Eine wichtige Aenderung wurde auf dem Gebiet der Kohlenverteilung getroffen. Sie wird in Zukunft unter die Kontrolle der Sektion Kohle des Gouvernements Militaire du Wurtemberg gestellt, das im Einvernehmen mit den technischen Sektionsleitern der Produktion Industriele und der Sektion Invalidelement sowie in Verbindung mit dem Referat Kohle des Landeswirtschaftsamtes handelt, das seinerseits wiederum mit den einschlägigen Referaten des Wirtschaftsministeriums zusammenwirken wird.

In der vergangenen Periode wurden die Brennstoffverteilungpläne unmittelbar und zwar für jeden Betrieb besonders zentral von Baden-Baden aus, nämlich durch die Sektion Charbon der Direction de la Production Industrielle aufgestellt. Künftig werden der Sektion Charbon des Gouvernements Militaire du Wurtemberg die Gesamtkontingente für jede der technischen Sektionen zugewiesen werden, während die Verteilung auf die Betriebe selbst in der Hand des Landes liegen wird.

Der Verteilungsplan kann nun in allen Einzelheiten geprüft werden. Dabei kann den laufenden und künftigen Produktionsaufträgen jeder Firma, der Art des von ihr benötigten Brennstoffs, einem Ausfall der Produktion, ihrem Verbrauch und ihren Lagerbeständen an Kohle Rechnung getragen werden. Man wird in der Lage sein, die Sofortprogramme rascher durchzuführen und, was besonders wichtig ist, man wird zu einer Art Ausgleichsplanung der Lagerbestände gelangen; offenbar besitzen gewisse Firmen, mit Ausnahme der Prioritätsbetriebe, aus verschiedenen Gründen Lagerbestände, die zu ihrer gegenwärtigen Produktion außer Verhältnis stehen, während andere hingegen aus Brennstoffmangel in Schwierigkeiten geraten, ja sogar gezwungen sind, die Arbeit einzustellen. Wir sind überzeugt, daß dieses neue Verfahren zur Verbesserung und Rationalisierung der Verteilung beitragen wird. Das neue System wird weiterläufiger sein und sich besser und schneller den Wandlungen der Kohlenlage anpassen.

Weiter ist für jede Sektion der Produktion Industrielle im Programm, soweit dies Umstände und Umfang der Gesamtverteilung gestatten, ein sogenanntes „Freikontingent“ als Zuteilungsreserve für den Verleiher vorgesehen. Alle diese Maßnahmen bezwecken, soweit als möglich, in sämtlichen Industriezweigen den wichtigen Firmen, die sich in Schwierigkeiten befinden, rasche Hilfe zu gewährleisten zu können. Dieses System wird übrigens bereits angewandt, indem bei den als offizielle Empfänger an den Verleiherbehörden aufgestellten Kohlenhändlern Reservelieferanten gebildet wurden, was besonders im Verlauf des letzten Winters zu ausgezeichneten Ergebnissen geführt hat. Die damalige schwere Krise konnte zu einem erheblichen Teil dank dieser Lagerbestände bewältigt werden. Die raschen Hilfsmaßnahmen für die bedrohten Wirtschaftszweige waren sehr wirksam und haben häufig Betriebsstörungen verhindert. Diese Methode soll daher beibehalten werden.

Fragebogen

Es erweist sich als notwendig, die Industriellen auf die besondere Bedeutung der Fragebogen hinzuweisen, die von großer Wichtigkeit sind. Die darin enthaltenen Angaben dienen als Grundlage für die Kohlenverteilung. Die Fragebogen müssen daher mit der größten Sorgfalt und Genauigkeit ausgefüllt werden. Ebenso unerlässlich ist es, daß dem Statistischen Landesamt in kürzester Frist zugesandt werden. Firmen, die ihre Fragebogen nicht rechtzeitig eingereicht haben, laufen Gefahr, bei der Kohlenverteilung für den nächsten Monat mangels Angaben über die Lagerbestände, den Kohlenverbrauch und -bedarf usw. nicht berücksichtigt zu werden.

Zur Meldepflicht der Kartellbindungen

Das Wirtschaftsministerium in Tübingen gibt bekannt: Auf die im „Journal Officiel“, in den Tageszeitungen, den Mitteilungsblättern der Industrie- und Handelskammern und den Kreisamtsblättern bekanntgegebenen Anforderungen an die Firmen, ihre Kartellbindungen und dergleichen bis spätestens 1. August 1947 der französischen Militärregierung in Tübingen zu melden, sind bisher nur ganz wenige Meldungen eingegangen. Im Auftrag der französischen Militärregierung wird daher erneut auf die im „Journal Officiel“ Nr. 78 vom 11. 1. 47 Seite 701 und 703 erschienene Verordnung Nr. 16 der Verfügung Nr. 37 zur

Rohtonstoffe für Güterwagenreparatur

MINDEN. Das Wirtschaftsamt für Wirtschaft hat in einer Stellungnahme zum Materialbedarf für die Instandsetzung der Güterwagen erklärt, daß die Reparatur des Fahrzeugparks der Eisenbahnen mit höchster Dringlichkeit durchgeführt werden müsse. Im Verlaufe der vergangenen 1 Monate hat das Wirtschaftsamt insgesamt 40.000 t Stahl und 12.000 t Holz für diesen Zweck zur Verfügung stellen können. Diese Rohstoffe sollen vor allem für das Sommerprogramm verwandt werden, das neben dem normalen Reparaturbetrieb die Instandsetzung von 30.000 Güterwagen bis zum 1. Oktober 1947 vorsieht. Niedrige Kohlenförderung und dadurch verursachte Stahlknappheit, chronischer Holzmangel infolge umfangreicher Holzexporte hätten diesem Arbeiten jedoch einen sichthareren Erfolg bisher verweigert.

Beschleunigte Wagenentladung

KARLSRUHE. Zur Beschleunigung des Wagenumsatzes bei der Eisenbahn müssen die Güterwagen, die im Verlauf eines Monats oder am Tage vor einem Feiertag einlaufen und deren Abnahmefrist an dem betreffenden Tage nicht mehr abläuft, so rechtzeitig be- und entladen werden, daß sie montags oder am ersten Werktag nach dem Feiertag wieder verfügbar sind. Wenn der Empfänger gleichzeitig einen Wagen zu beladen hat, so muß er diesen sofort beladen und ihn montags oder am ersten Werktag wieder dem Verkehr übergeben.

Verkürzung der Wagenlaufzeiten

BISCHOFSHHEIM. Weitere Maßnahmen zur Beschleunigung des Güterwagenumsatzes wurden in einer Besprechung von Vertretern der Eisenbahndirektionen in der vergangenen Woche in Wetzheim am Main erörtert. Es wurde festgestellt, daß mit wesentlicher Verkürzung der umlaufenden Güterwagen nicht gerechnet werden dürfte. Eine der Transportforderungen des Wirtschafts- und Ernährungssektors entsprechende Wagenstellung könne nur durch Verkürzung der Laufzeiten erreicht werden. In Gruppenverhandlungen unter Leitung der Generalbetriebsleitungen soll ein Güterzugfahrplan festgelegt werden, der vom 3. September ab gültig ist.

Rückgabe rollenden Materials aus dornen Zonen

BERLIN. Die Besorgnis der deutschen Behörden über die Nichtrückgabe von rollendem Material aus dornen Zonen habe sich, wie die britische Militärregierung mitteilte, als unbegründet erwiesen. Es seien nur kleine, inzwischen wieder behobene Differenzen aufgetreten. In der britischen Besatzungszone wurden vor einiger Zeit Nachrichten verbreitet, nach denen die sowjetische Besatzungszone rollendes Material zurückgehalte.

Deutsche Eisenbahnen aus Oesterreich

BERLIN. 7000 deutsche Eisenbahnenwagen der anglo-amerikanischen Zone, die sich seit mehreren Monaten in Oesterreich befanden, sind gemäß Bekanngabe der britischen Kontrollkommission inzwischen zurückgeführt worden.

Reparaturen in der Tschechoslowakei

BERLIN. Deutsche Eisenbahnenwagen werden auf Grund eines zwischen der Tschechoslowakei und der Zone bestehenden Abkommens in tschechoslowakischen Werkstätten instandgesetzt. Außerdem scheuen kurzzeit Verhandlungen über die Reparatur deutscher Lokomotiven in Belgien.

Verkehrsverbesserungen Ostzone-Westzone

BERLIN. Der Reiseverkehr nach den westlichen Zonen soll, wie der Chefpräsident der Zentralverwaltung des Verkehrs in der Sowjetzone auf einer Transportkonferenz bekanntgab, demnächst

durch Einleitung von Zügen auf den Strecken Berlin-Köln, Berlin-München und durch eine Verbindung Mitteldeutschland-Frankfurt am Main erweitert werden.

„Monat des Reisezugwagens“

BERLIN. Zur Verbesserung des Reiseverkehrs wurde der Monat August von der Zentralverwaltung für Verkehr in der Sowjetzone zum „Monat des Reisezugwagens“ erklärt. Zur bedingungslosen Erweiterung der Personenbeförderung sollen noch 3000 Personenwagen instandgesetzt oder beschafft werden.

Wagenmangel in der Sowjetzone

SASSNITZ (Hilgen). Die Eisenbahn der Sowjetzone leidet infolge Bestandsverminderung der Güterwagen auf rund 36.000 unter erheblichen Verkehrsschwierigkeiten, obwohl die durchschnittliche Wagenlaufzeit auf 4½ Tage herabgesetzt werden konnte.

Amt für die Uebertragung von Kraftfahrzeugmaterial

WIENBADEN. Ein besonderes Amt für die Uebertragung von Kraftfahrzeugmaterial aus amerikanischen Meeresbeständen an die deutsche Wirtschaft ist hier auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung gebildet worden. Das Amt, dem Vertreter der Militärregierung sowie deutsche Vertreter der vier Länder der amerikanischen Zone angehören, soll u. a. das künftige von der USA-Militärregierung bekanntgegebene Programm durchführen, nach dem der deutschen Wirtschaft 6-10.000 Kraftfahrzeuge samt Ersatzteilen, Reifen und anderem Kraftfahrzeugzubehör aus amerikanischen Meeresbeständen zur Verfügung gestellt werden sollen. Durch diese Hilfe soll die regelmäßige Verteilung leicht verderblicher Lebensmittel und anderer lebenswichtiger Güter gesichert werden.

Kraftfahrzeuge für die Deutsche Post

BERLIN. 1500 Kraftfahrzeuge verschiedener Typen wurden laut Juli-Halbjahrsbericht der USA-Militärregierung der Deutschen Post in der Bizone aus der deutschen Produktion zugestellt, um die im Postverkehr bestehenden Transportbeschwerden zu beheben. Die Mehrzahl der Fahrzeuge soll bis zum 15. Dezember 1947 ausgeliefert werden.

Güterbeförderung auf dem Wasserwege

BERLIN. In der britischen Besatzungszone wurden monatlich 2,5 Millionen Tonnen Güter auf dem Wasserwege befördert. Das Hauptproblem des Wassertransports ist der Mangel an Material für Reparaturen und Neubauten, denn in der Bizone sind zurzeit Dampfschiffe mit einer Gesamtleistung von rund 1,5 Millionen Tonnen reparaturbedürftig.

Ausbau von Ostseehäfen

BADEN-BADEN. Die Ostseehäfen Rostock, Wismar, Stralsund und Warnemünde sollen bis zu einer durchschnittlichen Wassertiefe von 7 Metern ausgebaut werden, um großen Seeschiffen das Anlaufen zu ermöglichen.

Werbeaufsichtungsverband Württemberg

Im „Schwabischen Tagblatt“ vom 8. August dieses Jahres wurde über die Intentionierung der Werbeaufsichtungsverbände in Frankfurt a. M. berichtet. Die vorbereitenden Arbeiten im Aufbau der Werbeaufsichtungsverbände müssen in Eile abgeschlossen werden. Dazu ist es nötig, daß alle Interessierten, die dies bis heute nicht getan haben, ihre Anmeldung zum Werbeaufsichtungsverband Württemberg nunmehr umgehend vornehmen. In Betracht kommen folgende Berufsgruppen:

- Werbeaufsichtende (Werberater, Werbeleiter, Werbestaffstellen, Werbeassistenten usw.),
 - Gebrauchsgrafiker (Maler und Graphiker, Werbesteniker, Schöpfer der Gebrauchsgrafik),
 - Schaufenstergestalter und Plakatschöpfer (Schaufensterdekorateure, Plakatschöpfer, Dekorationsassistenten),
 - Werbemittler (Anzeigenexpeditionen, Werbemittler für Lichtwerbung, Tonwerbung, Plakatschlag usw., Anzeigenleiter, Werbemittlerassistenten),
 - Werbemittelhersteller und Werbungstreibende (insbesondere der Markenartikelindustrie).
- Alle Meldungen werden erbeten an den: Werbeaufsichtungsverband Württemberg, Tübingen, Neckarbad 4 (Haus Rebsacker).

Leipziger Messe

2-7. Sept. 1947



Herbstmesse

Für den Besuch der Leipziger Herbstmesse ist im Hinblick auf die erwartete hohe Besucherszahl ein amtlicher Messeausweis erforderlich, den nur die zuständigen Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern ausstellen. Ohne diesen Ausweis werden die Besucher in Leipzig weder Einlaß in die Messehäuser noch Verpflegung erhalten.

Auf einer in diesem Tagen abgehaltenen Sonderzugkonferenz ist beschlossen worden, zur Leipziger Herbstmesse 21 Sonderzüge aus den westlichen Besatzungszone und drei Auslandsbesonderzüge einzusetzen. Es verkehren drei Auslandsbesonderzüge aus Köln, Stuttgart und München, ferner 21 Einlaßsonderzüge aus der anglo-amerikanischen Zone.

Um aus- und inländischen Einkäufern die Geschäftsabwicklung zu erleichtern, werden zahlreiche Beratungs- und Bewilligungsstellen für den Export und das Interzonengeschäft maßgeblichen Behörden und Ämtern im „Messediener“ des Leipziger Messesausschusses vertreten sein. Auch eine Reihe ausländischer Staaten hat zugesagt, Vertretungen ihrer Einfuhrbewilligungsstellen zur Messe nach Leipzig zu entsenden.

Zur Erleichterung der Geschäftsabwicklung wird ferner wieder ein Bezugspauschallenschein dem Kaufmann des In- und Auslandes mit Auskünften über die Lieferdaten von Verbauchs- und Produktionsgütern aller Art zur Verfügung stehen. Ein Dolmetschendienst für alle Verkehrssprachen wird für Kaufverhandlungen, Absprachen und Abschlüsse jederzeit verfügbar sein.

Rund 4500 Aussteller werden die Leipziger Herbstmesse besichtigen. Von ihnen entfallen rund 1000 auf die westlichen Besatzungszone und 350 auf die entsprechenden Sektoren Berlins.

Eine Schau des graphischen Schaffens veranstaltet der Magistrat der Stadt Leipzig unter dem Motto „Buch - Schrift - Werbekunst“.

Außenhandel

BERLIN. Die für Anfang August vorgesehenen Besprechungen zur Verlingerung des am Jahresende ablaufenden Handelsvertrages zwischen der angloamerikanischen und der russischen Zone werden auf Wunsch der Bizone um einige Tage verschoben.

FRANKFURT a. M. Die hiesigen Exportatbehörden beauftragen sich nach einer Mitteilung der westlichen Export-Import-Agentur auf über 18 Mill. Dollar.

Anglo-amerikanische Zone

HANNOVER. Die Zementproduktion Niedersachsens betrug im ersten Halbjahr 1947 nur 87.80 t gegenüber 132.500 t im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Mangel an Kohle und Energie ist für die Mindererzeugung verantwortlich.

Ebenso ist die Kaliproduktion von 99.000 t im ersten Halbjahr 1947 auf 78.000 t im ersten Halbjahr 1947 zurückgegangen. Die gesamte Kalierzeugung des Düngejahres 1946/47 stand der deutschen Landwirtschaft zur Verfügung.

NEUSSELHEIM. Die Firma Opel hat Produktionsgenehmigung für 1000 „Olympia“-Personenkraftwagen erhalten. 500 Wagen sind für den Export bestimmt, der Rest soll für den deutschen Bedarf zur Verfügung stehen. Die Herstellung beginnt im Oktober.

STUTTGART. Das Direktorium des Landerrats hat beschlossen, die Militärregierung um eine Aenderung der Bestimmungen über die Handhabung der Kontosperrung zu bitten. Danach sollen gesperrte Konten nur entsprechend den jeweiligen Zinsen belastet werden. Ferner wird um Aufhebung der Vermögenssperrung für unbelastete Familienangehörige ersucht.

Oekumene statt Nationalismus

Mit über 600 Teilnehmern ist die christliche Akademikertagung in Heideberg vor wenigen Tagen zu Ende gegangen. Die Bischöfe Wurm, Lilje, Dibelius und Bender waren anwesend und ökumenische Gäste aus Genf, England und Amerika haben daran teilgenommen. Das innere Gewicht der Tagung stellte sich dar durch die Botschaften anlässlich der Eröffnungskundgebung. Bischof D. Wurm stellte eine Art Drei-Punkte-Programm auf, in dem er die Wiedergutmachung der Schuld der Akademiker für notwendig erachtete, weil aus den Kreisen der Akademiker der Kampf gegen das Christentum in der Arbeiterschaft hincintrug wurde. Im ganzen sprach sich die Tagung gegen den Nationalismus und für die ökumenische Zusammenarbeit der ganzen Welt aus. Das erlebte man im besonderen in den von Bischof Lilje (Hannover) gehaltenen Stunden der Bestimmung, in denen die Parallele zwischen dem Schicksal des Jüdischen und des deutschen Volkes gezogen und die Forderung erhoben wurde, die Weltkrankheit der „natürlichen Religiosität“ des Nationalismus im Interesse einer Erneuerung unseres Volkes zu bekämpfen. Das gilt ferner für die Worte des Bischofs Dibelius (Berlin), der die christliche Presse, den christlichen Rundsender, die christliche Jugend- und die Entmythologisierung des Staates forderte. Die Studenten selbst beruhten, wie diese Gedanken unter der Jugend unserer Länder und in den Gefangenen- und Internierungslagern an Boden gewinnen und wie die Wissenschaften im Umbruch unserer Zeit nach viel hundertjährigen Irwegen wieder den Weg zur Anerkennung des absoluten Evangeliums bilden. Am eindringlichsten gestaltete sich die Schlussfeier am Sonntag, in der der von Präsident Truman Beauftragte für die evangelischen Kirchen Deutschland, Professor Dr. Bodensick, nicht davon sprach, daß Deutschland stellvertretend für die Welt gelitten und die Erfahrungen gesammelt habe, sondern auch davon, daß die westlichen Länder daraus lernen müssen, wenn sie nicht bald vor gleichen Schicksal stehen wollten. Bischof Dr. Liljes Schlusswort war von politischer und prophetischer Gewalt, als er das deutsche Pflanzland in den Pflanzland der Welt hineinsetzte, als er von der verschwindenden, ergreifenden Weltkonferenz von Lund berichtete, als er die fruchtbringende Arbeit der Oekumene und deren Bedeutung für Deutschland schärferte und ähnlich wie Bischof Wurm in scharfen Worten jene verurteilte, die heute noch innerhalb der Kirche dem kirchlichen Zielvorgang sich

hinderlich in den Weg stellen, und so die volle Auswirkung der kirchlichen Arbeit in Deutschland hemmen, weil die wahre Arbeit nur dort geschehen könne, wo der Ruf und die Kraft des Evangeliums auf der ganzen Erde geschleitet und damit wahre Oekumene schaffe, in der den Leidgeprüften die große Aufgabe zufalle.

In den Entschlüsselungen bekannte sich die christliche Akademikerschaft einmütig zum Grundsatz: Oekumene statt Nationalismus und gab ihren in den Kommissionsberatungen vollzogenen Zusammenschluß bekannt. Danach schlossen sich die Akademikerverbände zur Förderung und Unterstützung der Studentengesellschaften zum „Auffreundungsverband der christlichen Studentenvereinigungen“ zusammen, während sich alle Akademiker zur Erhaltung des christlichen Akademikernachwuchses in der „Gesellschaft evangelischer Akademiker“ vertinten.

Die Jubiläumstage der Söhne des St. Benedikt

Die Erzabtei Beuron im Donaultal, die rheinischen Abteie Maria-Laach und Siegburg, die Abtei St. Joseph bei Conz (Westfalen) u. a., die Benediktiner der bayerischen Kongregation in Augsburg, München, Mitten und zuletzt gemeinsam in Schäfflarn, die Missionäre von St. Ottilien samt allen männlichen und weiblichen benediktinischen Niederlassungen der deutschen Gau und des Auslandes, ja auf allen fünf Erdteilen, haben gefeiert. Ein ungewöhnlicher Anlaß war es, der sie feiern ließ: 1400 verfloßene Jahre seit dem seligen Heimgang ihres großen Stiffers St. Benedikt von Nursia, der nach neuesten Forschungen frühestens am 31. März 543 eben auf dem ragenen Berg Kampaniens Monte Casino sein verdienstvolles Leben schloß. Kein Geringerer als Pius XII. hat sich in einem selbstwichtigen Dokument zu diesem bedeutsamen Gedanken zuerst geäußert. Darin ist der heilige Geistesgeber und Patriarch des abendländischen Mönchtums Überzeitliche Führergestalt, seine Ordensregel als eine für den christlichen Aufbau der Gesellschaft richtungweisende Norm von vorbildlicher Grundständigkeit hingestellt. Der Hl. Vater wandelt damit in den Fußstapfen seiner großen Vorgänger seit Gregor dem Großen, der ja um 400 eine Art Lebenschilderung seines großen Meisters niederschrieb und hat und die sogar der relativ jungen Ehre einer Uebersetzung ins Griechische schon im 6. Jahrhundert durch Papst Zacharias gewürdigt wurde. Karl der Große hat übrigens hernach die Benediktinerregel als einziges Lebensgesetz für alle klösterlichen Stiftungen, wirtschaftliche und kulturelle

Zentren seines weiten Reiches vorgeschrieben und damit auch von bekannten Stiften unseres Lebensraumes aus: St. Gallen und Reichenau, St. Blauden und St. Peter, Ellwangen und Hirsau, Weingarten und Ottenbeuren, Hildesheim und Ochsenhausen und Zwiefalten und Hersfeld, großen Segen verbreitet. Die Verdienste dieses Ordens um geistige und wirtschaftliche Kultur, um Kirche und religiöses Schrifttum gehören weit über Ordensgrenzen und Kirchenraum hinaus der Weltgeschichte an.

Darum feierten die Klöster von heute mit ihren Kreisen von Freunden und verbundenen Anhängern, samt zahlreichem Volk der heiligen Gottesmann und geistlichen Vater, dem die Lebensgestaltung und Seelenfrieden verdanken, aber auch die großen Segnungen und Wohltaten, die vom Hl. Benedikt auf das christliche Abendland und die Ueberssee ausgegangen sind. Und nach dem Vorgang des jetzigen Papstes wurde auch die zeitwärtige Bedeutung seiner heiligen Bekehrung samt seiner weisen Regeln in Wort und Schrift gewürdigt.

Einer Verheilung nach soll der Orden St. Benedikts vom wiedererstehenden Monte Casino aus für die Endzeit der Kirche eine besondere Bedeutung haben. Das würde ganz dem abenteuerlichen Wahlspruch des Stammklosters entsprechen: „Bucca vrescit — der Baumtrunk trinkt wieder Schiffelings“.

Die deutsche Bischofskonferenz in Fulda wird dieses Jahr vom 15. bis 21. August in der Chrypte der Kathedrale in Fulda am Grabe des Hl. Bonifatius abgehalten. Eines der Hauptprobleme der Konferenz soll das Los der Flüchtlinge in materieller und sozialer Hinsicht sein.

Auf der Initiative des Vatikans soll eine internationale Caritas gegründet werden. Diese Organisation will auf der ganzen Welt die Tätigkeit der katholischen caritativen Organisationen in Einklang bringen.

Die Württembergische Evangelische Landeskirche hat den Zeitpunkt der Wahlen auf Sonntag, den 18. November festgesetzt. Gewählt werden die Mitglieder der Kirchengemeinden und des Landeskirchentags.

Der Württembergische Evang. Oberkirchenrat hat die Durchführung von zweiwöchigen Kursen zur Hexenbildung hauptamtlicher kirchlicher Katechetinnen und Katechetinnen angesetzt. Die Altersgrenze ist 26 Jahre. Für die Kurse ist eine Höchstzahl von 17 Besuchern vorgesehen.

Aus der christlichen Welt

Dein Name werde geheiligt

Wer anfängt, das Vaterunser zu beten, ist zunächst erstaunt. Jesus geht es um ganz andere Gebetsanliegen als uns. Mit Recht! Er versetzt unserem Egotismus einen heilsamen Stoß. Erst kommt Gott und seine Sache, dann wir.

„Dein Name werde geheiligt“, was ist damit gemeint? Wir gehen mit dem Namen Gottes gedanklos, respektlos und trivial um. Die Hausfrau, deren Suppe angebrannt ist, begleitet ihren Aegerer mit einem Ach Gott! Der Geschäftsmann gibt seiner Verwunderung und Freude beim Lesen eines Briefes mit einem Mein Gott! Ausdruck. Viele bringen den Namen Gottes nur noch beim Fluchen über die Lippen. Sonst haben sie keine Beziehung mehr zu ihm. Und doch rufen sie alle Gott damit an. Freilich ohne etwas von ihm zu wollen. Wir würden uns dieses Verhalten eines Nachbarn höchstens zweifelsfrei mal im Telefon angerufen werden, ohne daß ein anderer Ende sich jemand meldete. Zu Gott dürfen wir kommen, auch wenn wir hundertmal seinen Namen vergeblich nannten. Aber wir haben wahrhaftig allen Grund, ihn ehrerbietig und ernst zu brauchen. Sonst entläßt sich sein Gericht über uns.

Was liegt am Namen Gottes? Das Wort Gott, die vier Buchstaben sind verhältnismäßig gleichgültig. Aber im Namen leuchtet das Wesen Gottes auf. Hinter dem Namen steht er selbst. Es ist ein Unterscheid, ob ich ihn Herr oder Richter oder Vater nenne. Wenn ich mit der Anrede „Vater“ beginne, dann bedeutet die Bitte: dein Name werde geheiligt: „Werde mir als Vater groß; sei mir, deinem Kinde, nahe, obwohl ich es als sündiger Mensch gar nicht verdiene.“ Wer so betet, wird aus innerem Drang heraus ehrfürchtig und dankbar. Er will Gottes Namen nur brauchen, wenn er mit ihm umgeht und ihn ernstlich anruft.

Wir kleinen Menschen schätzen Gott nicht durch unsere Gedanklosigkeit und Fritzeligkeit. Er liebt, wer er ist. Aber für uns ist es entscheidend, daß wir durch den rechten Gebrauch seines Namens einbezogen werden in den Kreis seiner Liebe und Vatergüte. Je mehr Menschen so vaterverbunden leben, desto mehr wird auf Erden richtig gebetet: Dein Name werde geheiligt.

Theodor Haug

Kreis Calw in elf Verwaltungsaktuarbezirke eingeteilt

Außerordentliche Tagung der Kreisversammlung — Beschlaffung über die Kreisverbandsumlage — Eingabe an den Landtag wegen der anormalen Holzpreisschläge

In der Kreisversammlung am Dienstag im Saalbau Weib unter dem Vorsitz von Landrat Wagner...

durch seine bisherigen normalen Erträge ernährten 15 Prozent der Bevölkerung im Vorzuge ist.

Damit sind die wesentlichen Beratungsgegenstände der ganztägigen Versammlung wiedergegeben.

Arbeitsmarktlage hängt von Ernährung und Bekleidung ab

Der Arbeitsmarkt wird von der kritischen Ernährungslage, dem Fehlen von Arbeitskleidung und Arbeitsschuhen äußerst ungünstig beeinflusst.

Die Einbringung der Getreide- und Obsternte konnte jedoch sichergestellt werden, da sich hierfür eine größere Zahl von freiwilligen Helfern zur Verfügung stellte.

Blick in die Gemeinden

Nachrichten aus Nagold

Verschieden ist in den letzten Tagen Schneidermeister Friedrich Klais, Geboren im Jahre 1862 in Edelweiler, war er seit langem Jahren in Nagold ansässig...

Rathaus in Halterbach wird aufgebaut

Zu den durch Kriegsergebnisse am schwersten mitgenommenen Gemeinden gehört die Stadt Halterbach. Unmittelbar nach Kriegsende wurde mit dem Wiederaufbau begonnen.

Die Ernte nun so ziemlich überall eingebracht ist, beginnt der Frühlendruck. Wohlratern überall die Dreschmaschinen, aber die Mühlen gehen z. Z. nicht.

Sportvereinigung Teinach-Zavelstein steht

Letzten Samstagabend fand die Gründungsfeier der Sportvereinigung Teinach-Zavelstein in Anwesenheit des Herrn Gouverneurs Frénot...

Die Erste konnte gut eingebracht werden, jedoch bleiben die Erträge durch die eingetretene Trockenheit weit hinter den gewünschten Erwartungen.

Sportvereinigung Teinach-Zavelstein steht

Am Montag trafen wiederum Ostflüchtlinge ein; weitere sollen Ende dieser Woche folgen. Die Beschaffung von Haushaltsgegenständen und Geräten...

Kulturelle Rundschau

Viertes Meisterkonzert in Calw

Als erfreulich ist eingangs zu verzeichnen, daß sich zu dieser Veranstaltung eine stattliche Zahl Hörer...

der Unfall der genannten Mühlen die Landwirte in eine schwierige Lage.

Ueberberg. Ein 77 Jahre alter Mann stürzte in einer Scheuer ab und zog sich beim Sturz derartige Verletzungen zu, daß er bald darauf starb.

Oberjettingen. Das 70 Lebensjahr vollendete dieser Tage Frau Marie Kugel, geb. Böd.

Wildbad. Herr Friedrich Ernst, Direktor der Volkbank Pforzheim, a. G. m. b. H. und deren Zweigstelle in Wildbad beghit am 17. August seinen 70. Geburtstag.

Waldrensch. Walter Pfrommer, Sohn des Karl Pfrommer, Mechaniker, hat vor der Handwerkskammer Karlsruhe die Meisterprüfung im Werkzeugmacher-Handwerk mit gutem Erfolg abgelegt.

Löffmann. Eine markante Persönlichkeit unseres Dorfes ist im Alter von 78 Jahren infolge eines Schlaganfalls unerwartet aus dem Leben geschieden.

Familiennachrichten

Ihre Verbodung geben bekannt: Irene Steeb, Werner Jostinger, Calw, Eutingen, den 17. August 1947.

Allburg, 12. August 1947. Am 5. August ist mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel Karl Reutschler...

kurz vor seinem 70. Geburtstag von seinem Leiden erlöst worden. Allen, die unserem lieben Entschlafenen während seiner Krankheit Liebe erwiesen und ihn zur letzten Ruhestätte geleitet haben, sagen wir auf diesem Wege nochmals innigen Dank in stiller Trauer.

Die Gattin: Elisabeth Reutschler, geb. Lörcher, die Kinder: Karl und Else, Familie Otto Rieger, Heilbrunn, und alle Anverwandten.

Friedrich Waldteich nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 76 Jahren zu sich in die ewige Heimat abberufen. Wir haben unseren lieben Entschlafenen am 6. 8. zur letzten Ruhe begeben. Für alle Liebe und herliche Anteilnahme sowie für die tröstenden Worte des Herrn Geistlichen...

Schreib- und Rechenmaschinen werden repariert bei Valentia Seubert u. Söhne, Werkstätten: Pforzheim, Hohenstaufenstr. 5 a, Neuenbürg, Bahnhofstraße 13.

Aerztetafel Dr. med. Seltz, Kreiskrankenhause Neuenbürg E., vom 15. August bis 15. Sept. 47 eine Sprechstunde

Stellengesuche

Akkordeonspieler mit Schlagzeuger sucht Wirkungskreis. Zuschriften unter M/582 an Anz.-Veru. Günther Mühl, (14b) Preudenstadt.

Mädel mit 21/2 jährig, Kind sucht Stellung in Haushalt oder Landwirtschaft, Ansehole un. C. 3127 an Schwäb. Tagblatt Calw.

Fräulein mit Kind sucht Stelle bei älterer Person, Landwirtschaft bevorzugt. Angebote un. C. 3119 an Schwäb. Tagblatt Calw.

Stellenangebote

Goldschmiede (Hilfsarbeiter) für Neuauflage gesucht. Angeb. unter C 3095 an S. T. Calw.

Landw. Arbeiter, tücht., der mit allen landw. Arbeiten vertraut ist, suche ich für meine mittlere Landwirtschaft. Eintritt kann sofort erfolgen. Alter nicht unter 20 Jahren. Gute Bez. u. Famil.-Anschluß werden zugesichert. Karl Walz, Oberhausgäss.

2 Jüngere, tücht., Stenotypistinnen werden sofort beim Landratsamt bzw. Kreisverband Calw eingestellt. Den Bewerbungen, welche unverzüglich an die Kreispflege Calw, Schloßberg 3, zu richten sind, sind beizufügen: 1. handgeschriebener Lebenslauf, 1. politischer Fragebogen (oder Nachweis über das Säuberungsergebnis), 1. Lichtbild und Zeugnisabschriften. Calw, 11. Aug. 1947, Landratsamt.

Hausgehilfin, zuverlässig, kinderlieb und selbst. in Anstaltsarbeit mit 2 Kindern 1/2, 4 u. 6 J. bei guter Behandlung und Lohn auf sofort gesucht. Praxis ist nicht im Hause. Angebote un. C. 3092 an Schwäb. Tagblatt Calw.

Mädchen im Alter von etwa 20 J.

für Küche und Zimmerarbeit bei guter Bezahlung sofort gesucht. Emil Seeger, Gasthof zum Löwen, Unterriedelbach.

Kaufgesuche

Motorrad, 125-250 ccm, ges. im Kauf od. Tausch geg. Wolstreif, 1.50x27, 2.85x26 o. Anzugstoff m. 1. Zel. Anz. C 3134 S. T. Calw.

Damenfahrrad, möbl. Ballon, gegen gute Entschädigung zu kaufen gesucht. Angebote unter C 3125 an Schwäb. Tagblatt Calw.

Feigen, 18er, 6 Loch, Flachblech gesucht im Kauf od. Tausch geg. 20er, 6- od. 8-L-Feigen od. 18er 6-Loch-Tiefblechplatten. Angeb. u. C. 3135 an Schw. Tagbl. Calw.

Coch, gut erh., gegen gute Entschädigung gesucht. Angebote u. C. 3124 an Schw. Tagbl. Calw.

Dosendeckel gegen gute Entschädigung zu kaufen gesucht. Anfrag. u. Telefon Bad Teinach 232. Kollerradio gegen beste Entschäd. oder Reifen o. auch. Angebote unter C 3126 an S. T. Calw.

Verkäufe

Herrenanzug, dunkel, gut erh., für Größe 1,70, abzugeben. Angeb. unter C 3120 an S. T. Calw.

Mädchen im Alter von etwa 20 J.

für Küche und Zimmerarbeit bei guter Bezahlung sofort gesucht. Emil Seeger, Gasthof zum Löwen, Unterriedelbach.

Kaufgesuche

Motorrad, 125-250 ccm, ges. im Kauf od. Tausch geg. Wolstreif, 1.50x27, 2.85x26 o. Anzugstoff m. 1. Zel. Anz. C 3134 S. T. Calw.

Damenfahrrad, möbl. Ballon, gegen gute Entschädigung zu kaufen gesucht. Angebote unter C 3125 an Schwäb. Tagblatt Calw.

Feigen, 18er, 6 Loch, Flachblech gesucht im Kauf od. Tausch geg. 20er, 6- od. 8-L-Feigen od. 18er 6-Loch-Tiefblechplatten. Angeb. u. C. 3135 an Schw. Tagbl. Calw.

Coch, gut erh., gegen gute Entschädigung gesucht. Angebote u. C. 3124 an Schw. Tagbl. Calw.

Dosendeckel gegen gute Entschädigung zu kaufen gesucht. Anfrag. u. Telefon Bad Teinach 232. Kollerradio gegen beste Entschäd. oder Reifen o. auch. Angebote unter C 3126 an S. T. Calw.

Verkäufe

Herrenanzug, dunkel, gut erh., für Größe 1,70, abzugeben. Angeb. unter C 3120 an S. T. Calw.

Kinderkleider, Schürzen, Pullover, Mantel 1-2-jähr. (neuw.) ges. Frotterhandtücher u. 1 m Kleiderstoff, dunkelblau od. braun.

Angeb. u. C 3132 an S. T. Calw.

Läufer, neu (7/8 m) gesucht 3 m dunkelbraunes u. 3 m dunkelblaues o. graues Seidenfutter, gi. Qual. Anz. C 3128 S. T. Calw.

Sparherd, neuw., u. Dam.-Wintermantel, neuw., gute Qual., dkl.-blau, gesucht guterhalt. Waschmaschine mit Wassermotor. Angebote u. C 3122 an S. T. Calw.

Radio, Schaub Super KW 39, gut erh., ges. Kleinbildkamera, nur gut erh., eventl. Aufzählung. Angeb. u. C 3121 an S. T. Calw.

Möbel, versch., gebr. (Sofa, Tisch, Bett, Stühle u. a.) ges. Rucksack, Fahrrad, Radio-App. oder sonstige Gebrauchsgüter. Angeb. u. C 3096 an S. T. Calw.

Auto-Zubehör, versch., ges. Zimmerofen. Angebote unter C 3131 an Schwäb. Tagblatt Calw.

Ältere Nähmaschine, zweispinn., gut erh., gesucht 1/2spinn. Nähmaschine. Angebote un. C 3129 an Schwäb. Tagblatt Calw.

Handharmonika, Club I, diat., fast neu, m. Helbling-Noten; gesucht Damenfahrrad, gut erh., Angebote u. C 3137 an S. T. Calw.

Feuersteine; ges. Mofifab, 100-250 Ltr. Anz. u. C 3100 an S.T. Calw

Suchdienst

Wo in der Nähe von Calw ist ein junger Mann daheim (soll Schenkmacher gelernt haben), der mit meinem Sohn Hans Walz, geb. 1928, Mitte März 1945 nach Ludwigsburg zur Artillerie einberufen, von dort Anfang April nach Freiburg i. Br. versetzt, der SS-Division „Nibelungen“ zugeteilt und mit dieser in der Nähe von Ingolstadt a. D. eingesetzt wurde? Um diesbezügliche Nachricht bitten: Johannes Götz, hlf. Walz, Walddorf, Kreis Calw, Hans Nr. 145.

Welcher aus Gefangenschaft zurückgekehrte Kamerad kann über den Verbleib des Obergefreiten Werner Sonntag I, Feldpost-Nr. 22788 a Auskunft geben? Es bitten darum die Eltern, Alfred Sonntag, Schnaudertreibitz über Pegau-Leipzig. Unkosten werden vergütet.

Tiermarkt

Junge Zucht- und Mastgänse abzugeben. Darunter Beiteln für 2 vollständige Betteln gesucht. Angeb. u. C 3133 an S. T. Calw.

Jungbläuer, 2-3, sehr Woch. alt, werden abgegeben. Calw, Hengstetter Steige 7.

Hohlund, wachsam, und fünf 6 Wochen alt, rotweller Junghunde verkauft Adam Seeger, Ueberberg bei Altensteig.

Hund, Schaeffer, kurzhaarig, sehr wachsam, 3 Jahre alt, verkauft J. Niehammer, Nagold, Lindachstraße Nr. 2.

Verschiedenes

Wer fertigt in Calw Schuhe nach Maß an bei Gestaltung des Materials. Angebote un. C 3139 an Schwäb. Tagblatt Calw.

Heiratsanzeigen

Schon viele glückliche Ehen sind im Schwarzwaldzirkel geschlossen worden. Darum auch heute Ihre Ibs Anmeldung. Monatlich. Beitrag RM 3,- ohne jegl. Nachzahlung bei Verheiratung. Briefe mit Rückporto an die Leiterin Frau Freya Krause-Ebbinghaus, 1140i Hirsau/Calw, Landl. Freya. Viele fanden ihr Glück durch die große Organisation des Briefbundes „Dein Lebenskamerad“. Schreiben Sie noch heute und verlangen Sie unverbindliche Auskunft durch Prospekt A 25. Geringe Monatsbeiträge, rasche und gute Erfolge. Vollständig diskret. „Briefbund Dein Lebenskamerad“, Stuttgart 1, Schloßfach 685.

Hier spricht die Jugend:

Die Aufgabe der Jugendausschüsse

Beim Waffenstillstand war die Situation der Jugend in großen Zügen folgende: Durch rückwärtige Koalition und durch unblutige Bevormundung hatte ein Großteil der Jugend jedes verantwortungsvolle, selbständige politische Denken verlernt. Viele hatten darüber hinaus auch auf anderen Lebensgebieten ihr Verantwortungsgefühl und ihre Selbständigkeit verloren.

Die Umerziehung der Jugend war eine lebenswichtige Aufgabe, die im Rahmen der demokratischen Erziehung des deutschen Volkes gestellt war. Die beste Demokratie wäre sie sinnlos und von Anfang an zum Untergang bestimmt, wenn es nicht gelänge, die Jugend zu einer demokratischen Haltung zu erziehen.

Aufgaben des Jugendausschusses im einzelnen: Der Jugendausschuss bearbeitet alle die Jugend betreffenden Fragen und unterbreitet einmal der Militärregierung, zum andern den deutschen Dienststellen sinnvolle ihm wichtige erscheinende Anregungen und Beobachtungen.

Wie setzen sich nun die Jugendausschüsse im einzelnen zusammen? Der Idealfall wäre zweifellos, nur Jugendliche in die Ausschüsse aufzunehmen. Da diese Jugendlichen zwar eine große Tatkraft und einen unbeirrbaren Arbeitswillen, nicht immer aber die für die Erledigung einzelner Aufgaben erforderlichen Fachkenntnisse und Erfahrungen mitbringen, werden in die Ausschüsse auch noch Erwachsene als sogenannte Sachverständige aufgenommen.

Erste Bedingung für die Aufnahme in einen Jugendausschuss ist selbstverständlich einwandfreie politische Vergangenheit. Die Sachverständigen dürfen nicht vom Landrat bestimmt, sondern nur vorgeschlagen werden. Uebig ihre Aufnahme in den Ausschuss entscheiden die Vertreter der Jugendverbände.

Was das Verhältnis zwischen Landesjugendausschuss und Kreisjugendausschuss betrifft, ist es nicht so, daß der Landesjugendausschuss die über- oder Kreisjugendausschüsse gegen die untergeordnete Instanz wäre. Alle Ausschüsse sind selbständig. Eine gegenseitige Fühlungnahme kann nur günstig wirken.

Der Wanderer

Von Olof Hinz

Einmal kam ein Wanderer durch das stille Dorf. Er ging langsam durch die Straße, an den niedrigen Häusern vorbei, vor deren Türen die Kinder spielten.

Die Kinder und mancher von den Erwachsenen schauten zu ihm hin, als er an ihnen vorüberschritt, aber der Wanderer blickte sich nicht um, seine Augen sahen an ihnen vorbei. Er kam am Dorfplatz vorüber und am Schulhaus, aber als er an der alten, bald zerfallenen Sägeühle war, verhielt er für eine Weile seinen Schritt.

Man hatte ihn aus den Fenstern gesehen und seinen Schritten nachgehört und man fragte sich, wer jener seltsame stumme Wanderer wohl sei, der dahinging wie einer, der eine schwere, unsichtbare Last zu tragen hätte.

Aber die Geschichte von dem Sägemüller und der schönen Bianca war auf einmal aus

„Schema F“

Unser Schlußwort in der Diskussion um Thomas Mann und Genossen

Wie auf unseren Leitartikel „Die Emigranten und wir“ vom Oktober 1945 bekamen wir auch auf „Die Verfolgten“ in der Ausgabe vom 29. Juli dieses Jahres zahlreiche Zustimmungsaussagen, neben einigen wenigen Kritiken, die unsere Ausführungen ablehnten. Bemerkenswert ist es, daß sich nur eine einzige Stimme vorbehaltlos für Thomas Mann einsetzte und zwar war es eine alte Dame, die uns schrieb, daß Herr Mann „eine ehrwürdige Erscheinung“ sei und daß wir ihm „das gute Leben doch gönnen sollten“.

Die zweite, ernsthafter zu wertende Ablehnung stammt ebenfalls von einer — sonst sehr geschätzten — Frau, die sich aber offenbar nicht die Zeit genommen hat, unsere Ausführungen genauer zu lesen, denn sie unterstellt uns, daß wir, gleichfalls in den Fehltritten von uns gerügten kollektiven Denkens verfallend, „Emigrant gleich Emigrant“ setzen und über sie alle den Stab brechen wollten.

Es paßt zum Bild der Familie Mann, daß Thomas' Tochter Erika Mann heute in der Weltpresse ins gleiche Horn bläst wie ihr geehrteter Vater. Sie äußerte sich unlängst über das geistige und kulturelle Leben des heutigen Deutschland und benutzte diese Gelegenheit, um einige abfällige Bemerkungen anzubringen, unter anderem über den Schauspieler Gustav Gründgens (für den Partei zu ergreifen uns vollkommen fernliegt).

Wir haben Achtung vor allen Emigranten, die ehrlich kämpfen und litten, und wir haben auch in unserem Beitrag „Die Verfolgten“ ausdrücklich gesagt, daß wir nur diese Emigranten vom Schlage Mann und Genossen ablehnen. Wir berufen uns dabei auf das Urteil des „Staatsfeindes Nr. 1“ der Nazis, Kurt Tucholsky, der angewidert von dem Treiben vieler seiner Mitbürgerlichen geschrieben hatte, daß „ihre Hauptbeschäftigung darin bestehe, in den Kaffeehäusern herumzusitzen und sich gegenseitig hochzuachten“.

Wir sind der Meinung, daß Männer wie Iversen und Schmedchen (siehe „Aktivist“ — für oder wider?) in unserer Ausgabe vom 22. Juli dieses Jahres) mehr und Besseres für das demokratische Deutschland geleistet haben als ein Schock der Emigranten, die Tucholsky treffend genug charakterisierte. Deshalb auch haben wir die Forderung erhoben, daß hier nicht nach „Schema F“ geruft werden dürfe, und wenn behauptet wird, „jedes Kind wisse, daß in den Lagern gerade jene sitzen, die der Hilfe am wenigsten würdig seien“, und auf der anderen Seite in Bausch und Bogen dem „kleinen Mann der Straße“ Generalpardon erteilt (oder, noch wirksamer, beim Eintritt in diese oder jene Partei versprochen) wird, dann ist das ein Schematismus, den wir ebenfalls ablehnen. Es kann nur einen Maßstab und eine Richt-

schnur geben: Gerechtigkeit. Entweder war einer im Dritten Reich anständig oder er hat sich krimineller Handlungen schuldig gemacht. Ist er strafbar, dann wird er abgeurteilt, auch wenn er nur „ein kleiner Mann der Straße“ war und auch dann, wenn er nicht der Partei angehörte oder sich heute sogar als Antifaschist tarnt.

Die von uns zitierte Frau Naziblockwart a. D. die im trauten Verein mit ihren „nicht-belasteten“ Freundinnen, fleißig wie im Dritten Reich, weiterdenkender und deren Maß jetzt voll ist, stellt ja nur eines der vielen Beispiele menschlicher Niedertracht dar, wie sie im Reich Adolf Hitlers so üppig ins Kraut schossen. Herr Mann hin, Frau Blockwart her — für uns handelt es sich um die grundsätzliche Frage, wie und mit wem wir den mühsam begonnenen Neubau in unserer Heimat weiterführen wollen. Hier aber ist nur eine Entscheidung möglich: Jeder ist willkommen, dem es ernst ist mit seiner Mitarbeit und der dazu noch seine anständige Gesinnung — früher und jetzt — beweisen kann. Das allein ist wichtig, nicht aber, ob

er einmal das Parteiabzeichen getragen oder ob ihm die Hollerithmaschine einen oder gar zwei Belastungspunkte zuviel gebucht hat, die ihn nach „Schema F“ aus unserer Gemeinschaft ausschließen würden. Natürlich ist die Hollerithmaschine bequemer. Aber Punkte und Zahlen allein tun uns hier nicht, wo es sich um Menschen und ihre Schicksale handelt. In jedem Fall wird ja auch die Familie mitbetroffen und es ist klar, daß wir eine „Sippenhaftung“ irgendwelcher Art heute ebenso ablehnen wie früher. Eine solche Einstellung hat nichts mit Sentimentalität und falschem Mitleid zu tun; sie unterscheidet aber unser Wollen grundsätzlich von dem System planmäßiger Brutalität im Reich Adolf Hitlers.

Wir haben am Beispiel des Nationalsozialismus gesehen, wohin das — geschickt gesteuerte — kollektive Denken führt. Und unser Widerstand galt nicht nur dem gestrigen Unheil, er gilt auch in der politischen Entwicklung von heute und morgen. Mit André Gide sind wir der Meinung, daß die Welt von dem Einzelnen gerettet wird, dem Einzelnen, der sich zu Wahrheit und Gerechtigkeit bekennt, mag das auch im Augenblick „nicht opportun“ erscheinen oder in diesem und jenes „Schema F“ nicht passen.

Will Hanns Hehsacker

Brief aus Bayern

Politischer Bericht von Ochs bis Parlamentsferien

bst Weil wir gerade beim Vieh sind, sei an einen heiteren Vorgang im Landtag erinnert. Ein Antrag der CSU-Fraktion, Ochsen einzuführen, wurde mit dem Bemerkten, daß inzwischen Ochsen aus Franken eingetroffen seien, neulich zurückgezogen. Der Abgeordnete Dr. Linnert (FDP) aus Nürnberg erhob sich daraufhin und rief: „Ich protestiere, da fühle ich mich betroffen.“ — Das ganze hohe Haus soll von Lachen erfüllt gewesen sein und der aufmerksamste Chronist vermerkt dazu, daß dieser Vorfall seit langem als das einzig Erheiternde zu berichten ist.

Die allgemeine zu beobachtende politische Interesslosigkeit ist jedoch keinesfalls allein auf die Hitze zurückzuführen. Man spricht immer mehr von einer Koalitionskrise, jedoch so, als käme sie erst jetzt zum Ausbruch... In Wirklichkeit dauert sie jedoch schon seit Monaten an. Und zwar in doppelter Hinsicht. Einmal innerhalb der beiden führenden Parteien, die CSU und SPD, haben beide einen rechten und einen linken Flügel, bei der CSU tritt dieser Gegensatz stärker hervor als bei der SPD. In den Schulen wird — nein, darf wieder geprügelt werden. Die Städte waren dagegen, das Land war dafür. Das hat Herr Dr. Hundhammer, der vielgenannte bayerische Kultusminister auch recht gut gewußt. Er konnte also in aller Seelenruhe die Komödie mit der Elternbefragung — einer „parlamentarischen Abstimmung“ aufführen. Genau so sicher verfiel auch der von FDP gegen ihn eingereichte Mißtrauensantrag der Ablehnung.

So konnte der nach Loritz am meisten umstrittene Mann der bayerischen Regierung seinen schönen, wohlgepflegten Andreas-Hofer-Bart beruhigt streichen...

Die Tiefe der Krise geht auch aus der Behandlung hervor, die man Herrn Loritz zuteil werden ließ. Man nahm ihn wohl vorher zu wichtig. Jedenfalls vertraute man ihm das für sehr wichtige Ministerium der Entnazifizierung an. Durch die Form seiner Ausbootung hat man ihn nun zum Märtyrer gemacht. Auf der letzten Versammlung, die er vor seiner Verhaftung in München abhielt, sollen nach übereinstimmenden Berichten 20 000 Personen seiner gewaltigen Rede gelauscht haben. Nicht wenige sollen unmißverständlich und laut „Heil Loritz“ gebrüllt haben... Tumult um Loritz bis zuletzt.

Die Regierung kann nun auf alle Fälle den immerhin nicht geringen Prestigeverlust für sich buchen, diesem Mann erst eines der wichtigsten Ministerien überlassen und ihn später wieder hinausgeworfen zu haben. Man kann darüber nur den Kopf schütteln und es ist

nicht verwunderlich, wenn das Mißtrauen rapide zunimmt...

Wenn von der SPD jetzt Stimmung für Neuwahlen gemacht und dabei auf die inzwischen 500 000 wahlberechtigten Neubürger hingewiesen wird, so zeigt dies, daß die SPD ihre Stunde als gekommen ansieht, in die brüchige Stelle der CSU, hineinzustodern. Zwei Vorkommissionen haben besonders günstige taktische Voraussetzungen hierzu geschaffen. Einmal die überraschende und als sensationell empfundene Rede des SPD-Wirtschaftsministers Dr. Zorn über die Planwirtschaft, denn er nahm hier erhebliche Korrekturen an den bisher vertretenen Prinzipien vor, zum anderen die auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg erhobenen programmatischen Forderungen, die nicht nur in einer Anerkennung des bürgerlichen Eigentums gipfelten, sondern ausdrücklich seinen Schutz forderten.

An bemerkenswerten Zitate geht durch die Publizistik eine Aeußerung Dr. Hundhammers, daß Bayern schon ein Kulturstaat war, als in Berlin noch die wilden Säue ihrer Hintern an den Führen rieben und eine Verlautbarung aus gleichem Munde: die Flüchtlinge seien Habenichtse und Habenichtse seien meist Taugenichtse. Wohl hat man auf Anordnung der Militärregierung endlich das Flüchtlingsgesetz durchgepeakt. Die Flüchtlinge selbst haben jedoch nach wie vor Anlaß, ihre bisherige Skepsis beizubehalten.

An sonstigen bemerkenswerten Ereignissen wäre auf die Schaffung der Zweiten Kammer des Senats hinzuweisen. Sie begegnet außerhalb Bayerns starkem Interesse; in Bayern selbst interessiert das jedoch herzlich wenig. Wer kümmert sich schon groß um Verfassung und ähnliche Dinge? Die „oben“ machen das schon... Im amtlichen Staatsanzeiger kann man lesen, daß die Staatsregierung ersucht wurde, auf die Schaffung einer Parteipresse hinzuwirken, deren Auflagehöhe der Wählerzahl entsprechen soll. Damit soll der „Allmacht der Presse“ (dieses Wort stammt von Herrn Loritz) das Rückgrat gebrochen und der Weg für eine stärker auf das flache Land wirkende „Heimatpresse“ freigemacht werden. Aus dem gleichen Blatt wäre noch zu vermerken, daß Innenminister Seifried (SPD), Oberammergau besucht und einer Probe für die im Jahre 1950 geplanten Passionsspiele beigewohnt hat... Der Landtag konnte also beruhigt in die Ferien gehen in dem Bewußtsein, bei seinem Wiederzusammentreten (vermutlich Mitte September) einer äußerst prekären Lage gegenüberzustehen, einer Lage, deren Anzeichen „im Schatten Frankfurts“ heute schon deutlich zu erkennen sind.

Noch ehe der Morgen kam, war Hubert fortgegangen. Er kam nicht mehr zurück.

Bianca war bald wieder in die Stadt gezogen — und Reinhard hatte die Mühle verfallen lassen.

Das erzählten die Alten. „Aber der Fremde heute war ein anderer, das war der Hubert nicht“, sagten die meisten nun. „Was meint Du?“, fragten sie Mathilde, die auf der Ofenbank saß und die Hände im Schoß hielt.

Doch Mathilde antwortete nicht. Es schien, als hätte sie die Frage nicht gehört. Sie hatte damals den jungen Sägemüller geliebt.

Sie hatte den Wanderer erkannt. Sie hatte ihm vom Garten nachgeblickt, wie er zum Wald hinging. Sie hatte gesehen, wie er, ehe er hinter den dunklen Bäumen verschwand, sich umgewandt und die Hand gehoben hatte, so, als wollte er sich über die Stirne streichen.

Dann war er in den Wald hineingegangen.

Wie klug ist ein Fisch?

Von Frank W. Lane

Der rumsche Wissenschaftler Prof. S. J. Froylov erzählt in seinem Buch „Ein Fisch beantwortet das Telefon“ Erlebnisse, die er in seinem Laboratorium mit Fischen hatte. Er band die Fische, die in einem kleinen Aquarium schwammen, an einen dünnen, biegsamen Draht. Wenn er auf einen Knopf drückte, stimmte ein eingebauter Telefonspringer einen Ton ins Wasser und durch den Draht wurde den Fischen ein leichter elektrischer Schlag versetzt. Sie reagierten mit einer hastigen Bewegung. Nach vierzig Versuchen schaltete Froylov den Strom aus und gab nur noch das Summszeichen. Die Fische reagierten wie zuvor. Sie hatten gelernt, „dem Telefon zu antworten“. Auch wenn eine Glocke unter Wasser angeschlagen wurde, führten die Fische die gleiche hastige Bewegung aus.

Diese und ähnliche Experimente geben uns eine Antwort auf die Frage, wie klug wohl ein Fisch sei — der im allgemeinen ja als dumme gilt. Sie werfen auch ein Licht auf Anglerprobleme. Kann ein Fisch den Angler hören, und stehen ihm Geräusche an Utz?

Karl von Frisch und H. Stettler, die Versuche mit blinden Fischen unternahm, begleiteten die Fä-

terung durch die Töne von Stimmgabeln, die unter Wasser angeschlagen wurden. Die Fische beantworteten die Töne durch heftiges Schnappen ihrer Mäuler. Selbst wenn die Stimmgabel 30 m vom Aquarium entfernt war, tief sie noch diese Reaktion hervor. Das sollte jedem Angler, der sich nicht scheut, Geräusche zu verursachen oder laut zu sprechen, zu denken geben. Stetter und von Frisch übten die Fische auch auf Unterscheidung verschiedener Töne ein. Ein Ton bedeutete Futter, ein anderer kein Futter, machte ein Fisch einen Fehler und schwamm auf das Zeichen „kein Futter“ herbei, erhielt er einen kleinen Schlag auf die Schnauze mit einem Glasstab. Die kleinen Schwimmer hatten schnell begriffen. Sie unterschieden mühelos zwei Töne, die eine Oktave auseinander lagen.

Dr. Frank A. Rowen hat mehr als 1400 Versuche mit Britenmaifischarchen unternommen. Ein kleines Glasgefäß, von einem farbigen Band umrandet, wurde zwischen die Fische gehalten. Kam einer heran, erhielt er Futter. Dann wurden andere Gefäße mit anderen Farben ins Wasser getaucht; wenn sich denen ein Fisch näherte, versetzte man ihm einen milden Schlag durch Berührung seines Rückens mittels eines geladenen Drahtes. Nach bereits fünf bis zehn Versuchen unterschieden die Fische die verschiedenen Farben: Rot, Gelb, Grün und Blau. Dieses neuengewonnene Wissen hielt dann mehrere Wochen an.

Fische haben auch einen Sinn für geometrische Formen. Konrad Herter erzog Fische dazu, ihr Futter in runden Näpften aufzunehmen. Er stellte ihnen sowohl runde als ovale Schüsseln hin, aber die ovalen waren leer. Die Fische hatten nach kurzer Zeit begriffen, daß es zwecklos sei, bei den ovalen nachzuschleichen, und ließen sie in Zukunft unbeachtet. Sie lernten sogar, zwischen „R“ und „L“ zu unterscheiden. Wir dürfen daraus schließen, daß sie ihr Heimatgebiet auf dem Grunde der Seen oder des Meeres genau kennen, und daß ihnen jede fremde Form sofort auffällt. Auch ihre Schnüpfächer und ihre Wasserstrahlen sind ihnen sicherlich völlig vertraut — und zwar haben sie ein Bewußtsein davon, daß die Steine, Muschelhauser, Sanddänen usw. gerade so aussehen — und nicht anders.

Es scheint jedenfalls festzustehen, daß Fische durch Erfahrung lernen und aus ihren Erlebnissen Folgerungen ziehen. Ein Fisch, der einmal oder einige Male an die Angel geraten war und sich hat bereuen können, wird künftig immer schwerer dazu zu bewegen sein, noch einmal anzubissen.

Umschau im Lande

Hoher französischer Besuch

Tübingen. Am Dienstag traf der Generalinspekteur der französischen Besatzungsgruppen...

Bürgermeister Pretzl 60 Jahre alt

Hechingen. Bürgermeister Pretzl wurden am Anlaß seines 60. Geburtstages zahlreiche Ehrungen zuteil...

Oesterreichische Grenze gesperrt

Baden-Baden. Die französische Militärregierung gibt bekannt: Mehrere Fälle von spinaler Kinderlähmung sind in Oesterreich...

Hauptgewinn auf Nr. 66 416

Freiburg. In derziehung der Staatslotterie für Südwürttemberg-Baden...

Nach Grafeneck ...

Heidelberg. Nach Mitteilung des früheren Leiters der Heil- und Pflegeanstalt Mosbach...

Quer durch die Zonen

Die Ernte auf der Schwäbischen Alb konnte in diesem Jahre in rekordmäßiger Höhe eingebracht werden...

Geschäftliches

Wir entschließen nicht, man greift immer wieder auf uns zurück... KILAS, Auskunfts- & Erlösagentur... BORNON-BACKPULVER...

Heil- und Kahlmittel für Metallbearbeitung... Kleinkinder richtig pflegen... Feldhilfe Vorsicht! Unreife Kartoffeln...

Stempel für alle Zwecke... Stellenangebote... Im Kreisrankenhaus Neuburg/Donau...

Keramikwerk sucht dringend gute Fachkräfte... Heiraten... Kriegerwitwe, 45 Jahre, zettler Erbsch...

Der Lebensabend in der grössten Vergnügen... Verschiedenes... Vermögenskontrolle Calw. Das gemäß Gesetz Nr. 22...

Biete in Nagold 3-Zimmerwohnung im Tal... Die deutsche Zeitungen und Zeitschriften... Kriegerwitwe, 45 Jahre, zettler Erbsch...

Verschleppte als Arbeiter in Frankreich

Ein Jahr Vertragsdauer / Es wird keinerlei Druck ausgeübt

Baden-Baden. Die französische Regierung hat beschlossen, in der französisch besetzten Zone Deutschlands verschleppte Personen zur freiwilligen Arbeit in Frankreich anzuwerben...

reich unterzeichnet worden ist, wird auf diese als Arbeiter angeworbenen verschleppten Personen in Frankreich keinerlei Druck ausgeübt werden...

Der Sport hat das Wort

Leichtathletik. Vergleichskampf Württemberg/Hohenzollern gegen Südbayern... Fußball. Sommersperre beachten... Radspportveranstaltung in Altensteig verschoben... Motorsport.

Verschleppte Personen, die im Sinne der im Februar 1946 von der Organisation der Vereinten Nationen gebilligten Resolution...

Leichtathletik-Bestrebungen... Familien können nachkommen... Kriegergefangene aus Italien... Die französischen Regierung hat beschlossen, die als Arbeiter für Frankreich angeworbenen...